

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

51. Sitzung

13. Juni 2025

Beginn: 10.01 Uhr
Schluss: 12.55 Uhr
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Scott Körber: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umdenken beim SEZ: Alternativen zum
geplanten Abriss**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0146](#)

Sport

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße zu dieser Anhörung ganz herzlich Frau Annett Lange von der Bürgerinitiative „SEZ für alle“ und Herrn Carl Waßmuth von Gemeingut in BürgerInnenhand e. V. Des Weiteren freue ich mich natürlich, Herrn Staatssekretär Slotty von der Senatsverwaltung für

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen Ihnen allen! Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen!

Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt und dass eine Aufzeichnung gegebenenfalls ebenfalls auf der Website aufzurufen sein wird. – Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse, einverstanden sind.

Ist die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht? – Das ist der Fall, dann machen wir das bitte so. – Möchte die Fraktion Die Linke den Besprechungsbedarf begründen? – Dann bitte schön, Herr Valgolio!

Damiano Valgolio (LINKE): Ja, das mache ich sehr gerne. Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen auch von meiner Seite! Ich will ganz kurz in das Thema einführen, wahrscheinlich ist es ohnehin bekannt. Der Senat möchte das SEZ in Friedrichshain komplett abreißen, um Wohnungen zu bauen. Dagegen gibt es großen Protest. Mehr als 10 000 Anwohnerinnen und Anwohner haben eine Petition dagegen unterschrieben. Deswegen ist es, glaube ich, sehr gut, dass wir heute die Diskussion noch mal öffnen und zwei Vertreter der Anwohnerschaft als Anzuhörende eingeladen haben. Das sind Frau Lange und Herr Waßmuth, die uns hoffentlich einiges darüber berichten können, wie die Bedarfe vor Ort sind und wie das dort eingeschätzt wird. Ich möchte mich noch mal beim Ausschuss ausdrücklich bedanken, dass das so möglich geworden ist. Der Ausschuss hat auch eine Führung im SEZ und – völlig unabhängig, wie man politisch dazu steht – eine Diskussion ermöglicht. Das finde ich sehr anständig, auch von den Kollegen der Koalition. Vielen Dank dafür! Das freut mich natürlich vor allem als Friedrichshainer Abgeordneter, der vor Ort wohnt.

Ich hoffe, dass wir mit Herrn Slotty für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heute dazu etwas diskutieren können und erfahren können, wie genau die Planungen sind, vielleicht sogar, ob man nicht doch noch mal über eine Alternative zum Komplettabriss des SEZ sprechen kann. Wir hatten die gemeinsame Führung vor, glaube ich, ungefähr drei Wochen. Da hatte ich den Eindruck, dass auch bei dem einen oder anderen Kollegen der Koalition die eine oder andere Frage aufgekommen ist, als wir gesehen haben, in welchem Zustand das SEZ ist, und dass vielleicht doch ein bisschen darüber nachgedacht worden ist: Gibt es nicht vielleicht Alternativen zum Komplettabriss, oder sollte man das nicht zumindest mal prüfen, bevor man einfach abreißt? Sollte man sich nicht zumindest mal angucken, in welchem Zustand das Gebäude ist? Wie weit kann man das vielleicht wieder in Schuss bekommen, komplett oder zumindest Teile erhalten? Es ist die Position der Linken, dass man, bevor man die Abrissbagger losschickt, angesichts des großen Mangels, den wir an Sport-, Schwimm- und Freizeitflächen in Berlin haben, noch mal guckt, wie eigentlich genau die Lage ist. Wenn man ohnehin eine Machbarkeitsstudie machen muss, drängt es sich eigentlich auf, diese Option mit zu prüfen und nicht einfach zu sagen: Wir machen eine Machbarkeitsstudie, aber der Abriss ist von vornherein vorgegeben. – Soweit unsere Position. Ich will jetzt nicht vorgreifen. Wir werden hinterher, denke ich, noch Zeit haben, zu diskutieren und Fragen zu stellen. Insofern vielen Dank, dass Sie die Anhörung hier ermöglichen!

Vorsitzender Scott Körber: Ich möchte nur auf eines hinweisen: Es gibt verschiedene Sachen, die man angucken muss, und wir sind hauptsächlich im Sportausschuss. Alles andere spielt natürlich immer eine Rolle und kann sicherlich berücksichtigt werden, auch ich bitte heute um eine hauptsächlich sportpolitische Diskussion. – Zur Stellungnahme der Senat vorab, zuerst Frau Staatssekretärin Becker. – Bitte!

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Liebe Abgeordnete! Liebe alle! Der Senat plant den im Jahr 2018 festgesetzten Bebauungsplan umzusetzen, den auch die damalige rot-rot-grüne Regierung, das Parlament, entsprechend beschlossen hat. Dieser sieht unter anderem einen neuen Schulstandort vor, im Rahmen dessen auch eine neue Sporthalle und Sportaußenanlagen für den Schulsport entstehen sollen. Darüber hinaus sind nach den Festsetzungen des Bebauungsplans innerhalb des urbanen Gebiets entlang der Landsberger Allee auch künftig noch die Sport- und Freizeitnutzung im Rahmen der festgesetzten Bebauungsplanung möglich. Davon abgesehen sind sie auch in unmittelbarer Nähe vorhanden. Ich meine hier die SSE oder auch das Spreewaldbad, das in Sanierung ist. – Soweit erst mal von meiner Seite.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Nun auch Herr Staatssekretär Slotty, bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Einladung heute hierher! Der Vorsitzende sagte es gerade: Wir ergänzen heute hier gerne aus der Sicht der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen insbesondere natürlich zu den städtebaulichen Fragen. Ich darf aber anmerken, dass auch der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dieses Hauses für den Juli angekündigt hat, das SEZ noch mal zu besuchen. Das heißt, in dem dortigen Fachausschuss wird diese Diskussion dann sicherlich noch mal unter städtebaulichen Gesichtspunkten vertieft.

Für das jetzt hier in Rede stehende Grundstück liegt ein rechtskräftiger Bebauungsplan 2-43 vor. Die Kollegin sagte es gerade schon: 2018 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin diesen Bebauungsplan beschlossen, der im Wesentlichen die Realisierung von 500 Wohnungen und einem Schulgebäude vorsieht. 50 Prozent davon werden sich, da es sich um ein Vorhaben eines landeseigenen Wohnungsunternehmens handelt, als geförderter Wohnraum zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus setzt der Bebauungsplan auch Gewerbe, Einzelhandel und Sport- und Freizeitnutzung sowie den Erhalt bestehender Grünstrukturen, weiter Begrünungsmaßnahmen und Baumpflanzungen fest.

Ich hatte schon gesagt, dass auch ein Schulstandort geplant ist. Die Planungen für das neue Schulgebäude laufen durch die Hochbauabteilung meines Hauses bereits. Erfreulich ist auch, dass die entsprechenden Investitionsmittel in der Investitionsplanung 2024 bis 2028 enthalten sind. Das heißt also, es handelt sich auch hier um ein ausfinanziertes Schulbauvorhaben. Grundlage für das Bebauungsplanverfahren seinerzeit war die Außerbetriebnahme des SEZ nach der durch das Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossenen Änderung des Bäder-Anstaltsgesetzes, und auch im Jahr 2015 hat der Senat von Berlin noch einmal über den Beschluss des Berliner Bäderkonzeptes festgestellt, dass hier an dem Standort des ehemaligen SEZ keine weitere Nutzung für ein Multifunktionsbad vorgesehen ist.

Das Gebäude ist seit 2002 nicht mehr in Betrieb. Sowohl unser Haus als auch die WBM haben das Gebäude mehrfach begutachtet. Es gibt eine sehr umfangreiche Fotodokumentation. In weiten Teilen ist das Gebäude stark baufällig. Wir müssen einfach auch mal anerkennen, dass die Gebäudetechnik nicht nur veraltet ist, sondern in den letzten zehn Jahren der Nutzung, die nicht mehr der ursprünglichen Nutzung entsprochen hat, nicht gewartet wurde. Das Gebäude steht in Teilen unter Wasser und ist aus unserer Sicht nicht mehr so zu betreiben, wie das mal ursprünglich der Fall war.

Ansonsten gilt für den Senat natürlich das, was das Abgeordnetenhaus mit dem rechtskräftigen Bebauungsplan beschlossen hat. Ich hatte eingangs schon gesagt, was wir hier realisieren werden. Wir befinden uns jetzt in der Phase einer Machbarkeitsstudie, die auf der Grundlage der Festsetzung des Bebauungsplans durchgeführt wird. Sie hatten das eben schon in Ihrer Begründung gesagt, Herr Abgeordneter. Ich glaube, ein Werkstattverfahren, eine Machbarkeitsstudie, ist genau der richtige Ort, um zu klären, ob es im Rahmen des zu planenden Bauvorhabens einen teilweise Erhalt von Gestaltungselementen, Fassadenelementen oder einzelnen Gebäudeteilen geben kann. Genau dafür gibt es solche Werkstattverfahren, wo Expertinnen und Experten das vor allem unter städtebaulichen und nicht unter politischen Gesichtspunkten miteinander diskutieren. Jedoch ist es auch so: Die Ergebnisse dazu werden im Spätherbst 2025 vorliegen, bis dahin läuft dieses Verfahren, und, wie gesagt, das läuft sehr offen. Allerdings ist ein vollständiger Erhalt des SEZ aus der Sicht des Senats aus den zuvor genannten Gründen nicht vertretbar und somit auch ausgeschlossen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Ich gebe nun den Anzuhörenden das Wort und möchte Sie bitten, Ihre Stellungnahmen nach Möglichkeit auf circa fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Frau Lange, ich gebe Ihnen das Wort.

Annett Lange (Bürgerinitiative „SEZ für alle“): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Vertreter des Senats! Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhaus! Selbstverständlich sehr geehrte Gäste! Ich möchte Ihnen Bilder des SEZ aus der früheren und jetzigen Nutzung zeigen. Vielen Dank, dass ich die Möglichkeit habe, heute hier zu sprechen!

[Im Lauf des Redebeitrags werden Bilder des SEZ gezeigt]

Mein Name ist Annett Lange, ich bin Bauingenieurin und ein Gründungsmitglied der Initiative „SEZ für alle“, die sich vor über einem Jahr gegründet hat und die für den Erhalt und die sofortige Nutzung des SEZ einsetzt. Ich kenne das SEZ seit meiner Jugend, und durch die kurze Zeit der Zwischennutzung im letzten Jahr machte es von innen einen überraschend guten Eindruck, den man von außen nicht erwarten würde. Ich bin und war sehr begeistert vom aktuellen Zustand des Gebäudes und der Tragkonstruktion. Es hat eine besondere künstlerische, kulturelle, technische und städtebauliche Bedeutung. Die Präsidentin der Architektenkammer, Theresa Keilhacker, bezeichnete es als ein Meisterwerk der berlinspezifischen organischen Architektur, und die Süddeutsche Zeitung schrieb:

„Stilistisch und technologisch müsste man es wohl unter die Hightech-Architektur der Siebzigerjahre einordnen, es hat mehr mit dem Pariser Centre Pompidou und dem Charlottenburger ICC zu tun als mit den standardisierten Typenschwimmhallen in den Plattenbauvierteln der DDR.“

Das SEZ war nicht nur eine Schwimmhalle, sondern ein Sport-, Unterhaltungs- und Erholungszentrum. Eine Besonderheit ist die Kälte-Wärme-Pumpe. Mit der Abwärme der Eisbahn und der Duschen konnte die Schwimmhalle zusätzlich beheizt werden, was sehr energieeffizient ist. Durch die Nutzung der soliden und einzigartigen Gebäudestruktur kann erheblich an Ressourcen und Kosten gegenüber einem Neubau eingespart werden. Ein Rückbau würde Unmengen baulicher Abfälle erzeugen, die vermeidbar wären. Die Initiative unterstützt unter anderem die Petition „Das SEZ sanieren und als Sport- und Freizeitfläche für alle wiedereröffnen“, die mittlerweile mehr als 11 000 Unterschriften hat.

Jetzt komme ich zu den Bedarfen: Friedrichshain-Kreuzberg ist der kleinste und am dichtesten besiedelte Bezirk mit dem jüngsten Durchschnittsalter. Deshalb ist der Sportbereich hier besonders wichtig, und es gibt einen großen Bedarf an Sporthallen und Sportplätzen. Das verdeutlichen die Sozial- und Infrastrukturkonzepte seit 2016, und auch der aktuellste zeigt die weiterhin angespannte Situation. Wir bräuchten mehr als ein SEZ, nur um allein die sportlichen Bedarfe zu erfüllen. In Friedrichshain gibt es aktuell kein einziges Schwimmbad. Der Bedarf ist jetzt und akut da und nicht erst in einigen Jahren.

Die Leiterin des Fachbereichs Sport in Friedrichshain äußerte sich unter anderem wie folgt: Wir haben eine dramatische Unterversorgung, die Nachfrage nach Sportangeboten ist extrem hoch, und immer mehr Kinder und Jugendliche wollen Sport machen, aber wir kommen im Bezirk an unsere Kapazitätsgrenzen. Es müssten gerade im innerstädtischen Raum neue Möglichkeiten geschaffen werden, um der extrem hohen Sportnachfrage gerecht zu werden. – Das SEZ kann eine Antwort auf diese hohe Nachfrage sein. Wir sind der Meinung, dass man vor allem die große Sporthalle an der Danziger Straße mit geringem Aufwand zeitnah wieder öffnen könnte. Außerdem könnten die drei mit Holz abgedeckten Becken des großen Schwimmbades instand gesetzt werden sowie das Polarium, das zum Beispiel wieder als Rollschulbahn genutzt werden könnte. Der Außenbereich könnte mittelfristig eventuell als Freibad wiedereröffnet werden. Sie sehen, das Gebäude hat ein großes Potenzial.

Wir möchten Sie eindringlich bitten, sich als Mitglieder des Ausschusses für Sport auch für diese Belange einzusetzen. Es ist wichtig, dass wir Orte zur Stärkung der Demokratie haben, an denen wir uns treffen können, Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Herkunft, um dort unter anderem gemeinsam Sport zu treiben. Einen Versuch haben wir im Oktober des letzten Jahres gestartet und hatten Karl-Heinz Wendorff eingeladen, der mit uns allen „Medizin nach Noten“ praktizierte. Alle, von jung bis alt, hatten einen Riesenspaß. Wir brauchen keine teuren Thermen und Fitnesscenter, davon gibt es genug. Wir brauchen Orte, wohin jeder gehen kann und die sich jeder leisten kann. Es liegt auf der Hand: Die Bedarfe, der Ort, das Gebäude, sind vorhanden. Der Landessportbund hätte Interesse an der sportlichen Nutzung des Geländes.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport äußerte unter anderem, dass mit der wachsenden Stadt im Sinne einer Daseinsvorsorge der Fokus auf die Infrastruktur des Freizeit- und Breitensports gerichtet werden muss. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Entwicklung von Sport und Bewegung ist eine Sicherung von Flächen. Wie wollen Sie zeitnah die Bedarfe erfüllen, wenn Sie diese Flächen nicht sichern? Das SEZ war circa 20 Jahre geöffnet, dann 20 Jahre eingeschränkt geöffnet, und jetzt sollte es für eine ergebnisoffene Entwicklung eine Chance bekommen, finden wir. Bevor mit einem Rückbau begonnen wird, sollte eine Kosten-Nutzen-Rechnung gemacht werden, was der Abbau überhaupt kosten würde, und erst dann eine Ent-

scheidung für die Zukunft des SEZ getroffen werden. Dieser Ort war für alle frei zugänglich, dann wurde er privatisiert und jetzt, auch durch das Wirken der Zivilgesellschaft, wieder in das Eigentum der Berliner gebracht. Soll er jetzt wieder zum großen Teil der Öffentlichkeit entzogen werden?

Ich möchte jetzt noch mal eine Aussage aus dem Ausschuss für Sport von 2021 zitieren:

„Falls die Immobilien wieder in die Verfügungsgewalt des Landes falle, müsse ein Prozess über die künftige Verwendung in Gang gesetzt werden. Angesichts der Vergangenheit des Geländes liege es nahe, dort künftig eine sportliche beziehungsweise multifunktionale Nutzung vorzusehen.“

Wir fordern Sie auf: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen! Es braucht eine Machbarkeitsstudie, die den Erhalt des SEZ und seine Rückführung in eine Sport- und Freizeitnutzung untersucht. Sichern Sie das SEZ für den Freizeit- und Breitensport! Stellen Sie es der Bevölkerung wieder zur Verfügung, so wie es im Flächennutzungsplan vorgesehen ist! Die Stadt braucht Sportflächen. Die Stadt braucht das SEZ. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Scott Körber: Recht herzlichen Dank Ihnen! – Herr Waßmuth, Sie haben das Wort, bitte!

Carl Waßmuth (Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.): Vielen Dank für die Einladung! Viele Dank dafür, dass Sie Ihre Arbeit so ernst nehmen! Es gibt viel Politikverdrossenheit, die Arbeit des Ausschusses für Sport ist eigentlich ein Argument dagegen. Abriss findet normalerweise durch die Regierung oder die Verwaltung statt, und es gibt keine öffentliche Debatte. Sie ermöglichen diese öffentliche Debatte.

Ich bin in Baden geboren und wohne seit 25 Jahren in Berlin. Mit dem SEZ verbinde ich also keine Ostalgie und habe auch keine Kindheitserinnerungen daran. Ich war dort allerdings Eislaufen, Bowlen, Badminton und Tischtennis spielen, und das Gebäude hat mich beeindruckt. Ich habe dann begonnen, mich mit anderen Anwohnerinnen und Anwohnern dafür einzusetzen, dass dieses Gebäude wieder in die Hand von Berlin zurückkommt. Das ist letztlich auch mittelbar gelungen.

Das SEZ ist kein Spaßbad. Das ist ein Freizeit- und Erlebniszentrum. Das heißt, dort konnte man über 50 verschiedene Sportarten ausüben – könnte man heute nach der Sanierung auch noch –, darunter auch Schwimmen. Mehr als 30 Millionen Besucherinnen und Besucher, darunter über die Hälfte Kinder, haben sich dort bewegt, haben sich erholt, haben sich dort ausgetobt. Es kann auch sein, dass sie dabei Spaß hatten. Wenn das so war, hat das ihnen und ihrer Gesundheit sicherlich gut getan, denn wenn Kinder und Jugendliche kein positives Verhältnis zu ihrem Körper gewinnen können, kann das sehr schlimme Folgen haben. Wir haben auch in Berlin eine rasant steigende Zahl von Kindern mit Adipositas, krankhafter Fettleibigkeit. Die bleibt normalerweise über das ganze Leben erhalten. Unter Mädchen gibt es seit 2020 einen Anstieg der Magersüchtigen um 54 Prozent. Die Wartezeit auf ein Erstgespräch bei Kinder- und Jugendtherapeutinnen beziehungsweise -therapeuten beträgt über zwei Monate, und dann wartet man noch mal sechs Monate auf den Therapieplatz.

Ich war in den vergangenen Jahren mehrfach in dem Gebäude – ich bin auch Bauingenieur und Tragwerksplaner mit Spezialisierung auf Bestandsbauten –, und ich kann Ihnen sagen, das Tagwerk ist vollständig intakt. Das SEZ droht nicht einzustürzen, es ist auch nicht baufällig. Der Ausbau und die Fenster und Teile der Fassade sind sanierungsbedürftig. Das sind Bauteile, die üblicherweise nicht länger als 30 Jahre halten, wie in allen Sportstätten auf der ganzen Welt. Man muss sie turnusmäßig austauschen, und das sollte gemacht werden, genau so wie es im Tiergartenbad gemacht wurde. Im SEZ ist kein Asbest verbaut, es gibt dort andere Schadstoffe. Unter anderem wurde dort lange nicht geputzt. Aber es ist auch so, dass in jedem Gebäude Schadstoffe verbaut werden, zum Beispiel auch in diesem Raum. Das merkt man insbesondere, wenn es brennt. Dann würden giftige Rauchgase entstehen, und wer es nicht rechtzeitig schafft rauszukommen, hat dann noch eine bestimmte Zeit, bis er stirbt. Die Fachwelt streitet sich. Es liegt zwischen drei und acht Atemzügen. Schadstoffe sind nicht so wahnsinnig toll, aber solange wir nicht alles aus Naturstein, unbehandeltem Holz, aus Lehm und Stroh bauen können, muss man sie in Kauf nehmen. Es gibt Schadstoffe, die in den Innenraum emittieren. Die muss man entfernen, in jedem Fall fachgerecht entsorgen, auch wenn man abreißen will, denn man darf nämlich nicht einfach alles zusammenkloppen und auf den Müll schmeißen. Das wäre kriminell. Wenn Schadstoffe wie Asbest ein Abrissgrund wären, dann müsste man zum Beispiel den historischen Flughafen in Tegel von Gerkan, Marg und Partner sofort dem Erdboden gleichmachen.

Sport: Es ist unter Umständen lebenswichtig, gut schwimmen zu lernen. Ertrinken ist die zweithäufigste Unfallursache bei Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren, und die Zahlen steigen laut DLRG gerade wieder, und nicht im Meer, dort ganz wenig, sondern vor allen Dingen in Seen und Schwimmbädern.

Jedes öffentliche Schwimmbad kostet Geld. Der Betrieb des SEZ wird pro Besucherin und Besucher ungefähr so viel kosten wie bei allen anderen Bädern der Stadt auch, und das in öffentlichen Bädern zu haben, ist viel günstiger, als kranke Menschen in der Stadt zu haben. Deswegen muss der Eintrittspreis erschwinglich bleiben, und das machen wir ja mit den Bäder-Betrieben. Man kann über den Saunabereich noch etwas extra verlangen und Geld verdienen.

Die nebengelegene Schwimmhalle im Europasportpark, die, ich glaube, der Staatssekretär Slotty erwähnt hat, hat das SEZ nicht ersetzt und kann es auch nicht ersetzen. Es ist zwar das größte Bad in Europa, das ist ein toller Superlativ, und viele Leistungsschwimmer sind dankbar für das Bad, aber für den Breitensport ist die Größe eher ein Problem, denn da wollen viele Leistungssportler rein und trainieren, und das machen sie auch. Für alle anderen gilt: wenig freie Bahnen, schlechte Zeiten und im Übrigen eine frauenfeindliche Architektur mit Dunkelfallen an den Eingängen, kaltes Wasser, und die Duschen sind auch oft kalt. Mit Kindern hinzugehen, geht so alle vier Wochen, denn im Zeitraum dazwischen sind die Kinder zwei Wochen krank vom letzten Schwimmbadbesuch.

Für die Sanierung des SEZ ist auch Geld da, und die Sanierung des SEZ ist konform mit dem Bebauungsplan. Der Bebauungsplan gestattet nämlich selbstverständlich, dass Bestandsgebäude in ihrem ursprünglichen Nutzungszweck genauso weitergenutzt werden können, und das sollte auch gemacht werden. Das Steuergeld, das wir für den Ausbau und Erhalt unserer sozialen Infrastruktur in der Stadt bezahlt haben, können wir dafür verwenden. Den Sport gegen andere Bedarfe auszuspielen, gilt nicht.

Die Abrisskosten sind in den Rechnungen für Wohnungsbau offensichtlich nicht eingepreist, denn dann könnte man dort keinen bezahlbaren Wohnraum anbieten. Das SEZ hat etwa dieselbe Grundfläche, wie der Palast der Republik gehabt hat, und die Abrisskosten werden in einer ähnlichen Größenordnung sein. Der Palast war höher. Das SEZ ist dafür komplexer, verschachtelt und hat eine 1,80 Meter dicke Stahlbetonplatte als Fundament. Beim Palast hat es ohne die Asbestsanierung 38,5 Millionen Euro gekostet. Das ist jetzt 20 Jahre her. Mit Inflationsausgleich sind das etwa 52 Millionen Euro, also 100 000 Euro pro Wohnung von den 500 Wohnungen schon mal on top. Es führt dann zu Quadratmetermieten von über 20 Euro pro Quadratmeter, und das können sich die meisten nicht leisten. – Ich danke Ihnen herzlich!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Waßmuth! – Liebe Gäste! Wir finden es toll, dass Sie hier so zahlreich erschienen sind. Wir finden es auch toll, dass Sie sich für Ihr Anliegen so einsetzen. Genau das wollen wir ja, und ich glaube, Sie merken auch, dass wir uns diesem Thema jetzt widmen und es wirklich ernst nehmen. Ich habe jetzt den Applaus durchgehend lassen. Es ist nämlich hier üblich, dass wir weder Applaus noch Buhrufe akzeptieren. Insofern bitte ich Sie, vor allem bei den Stellungnahmen der Abgeordneten – egal, ob sie für Ihr oder gegen Ihr Anliegen sind – jegliche Äußerungen zu unterlassen. Können wir uns darauf einigen? Ich kann Ihnen im Namen aller Fraktionen versprechen: Wir nehmen Ihr Anliegen sehr ernst. Okay? – Danke schön! – Dann haben wir jetzt eine Reihe von Wortmeldungen. – Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass wir miteinander in die Diskussion gehen können! Es ist schon gesagt worden: Wir sind der Fachausschuss für den Bereich Sport und werden uns hier vor allem den sportfachlichen Fragen widmen.

Nun haben Sie, Frau Lange, auf die Bädersituation abgehoben, dabei aber den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg betrachtet und nicht den Gesamtraum. Insoweit gehört auch dazu – ich wohne nur, ich glaube, 250 Meter entfernt vom SEZ, aber im Bezirk Pankow, Ortsteil Prenzlauer Berg. Das heißt, die Betrachtung des Bäderbedarfs erfolgt nicht losgelöst von der Region in der Stadt. Es ist gerade schon einmal gesagt worden: Das größte Bad, das wir in Berlin haben, ist ungefähr 300 Meter, 400 Meter Luftlinie entfernt, das wir beispielsweise auch für den Schulsport nutzen. Auch die Bäder in Lichtenberg, das ist der nächstfolgende Stadtteil, auch nur 500 Meter ungefähr vom SEZ entfernt, würde man berücksichtigen. Das heißt in der Tat, wir haben einen Bäderbedarf im Bereich Friedrichshain-Kreuzberg. Die spielen sich aber eher in anderen Bereichen ab. Deswegen bauen wir gerade ein Bad neu an der Holzmarktstraße mit anderen Partnern. Deswegen haben wir beispielsweise ein Hallenbad im Prinzenbad gebaut, und insoweit sieht, sportfachlich gesehen, meine Fraktion, sieht die Koalition keinen Bedarf für einen Badstandort an dieser Stelle. Da haben wir andere.

Ich will aber auch, weil heute so viele Zuschauende da sind, einmal erläutern: Die Bäderstruktur ist die teuerste Sportinfrastruktur, die wir in der Stadt haben. Im Moment geben wir ungefähr 250 Millionen Euro im Jahr für die Berliner Bäder aus, fast 100 Millionen Euro für den Betrieb, in den letzten Jahren jeweils immer etwa 150 Millionen Euro für die Sanierung. Ein einfaches 25-Meter-Becken kostet uns im Jahr einen Zuschuss von ungefähr einer halben Million Euro aus Steuermitteln. Das heißt, es ist nicht so einfach, sich hier hinzusetzen und immer zu verlangen, dass wir die Bäderstruktur immer weiter nach oben anpassen, insbesondere dann, wenn an dieser Stelle effektiv für das, was wir als Daseinsvorsorge betrachten – – Das

sind insbesondere das sportliche Nutzen, das Schwimmen lernen, das Kitaschwimmen, das Schulschwimmen beispielsweise, das Vereinsschwimmen und natürlich auch öffentliche Nutzung. Das ist schwierig, wenn sich einem Standort auch andere Bäder in unmittelbarer Umgebung befinden. Deswegen würde ich verneinen, dass es interessant ist, das SEZ als Badstandort wieder zu öffnen.

Ich vermisse, dass Frau Lange mich aus der Anhörung von 2021 zitiert hat. Mir ist es in der Tat wichtig, dass an dem Standort, über den wir reden, und so steht es auch im Bebauungsplan, der im Übrigen auf Initiative von Grün-Rot-Rot, Rot-Grün-Rot, wie man das immer nennt, im Bezirk und auch hier im Parlament beschlossen worden ist, auch eine sportliche Nutzung eine Rolle spielt, die man unter anderem mit einer öffentlichen Sporthalle, die dort am Schulstandort gebaut wird, bekommen würde, eine sportliche Nutzung, die wir rein offiziell in den letzten 20 Jahren, 25 Jahren gar nicht hatten, denn zur Wahrheit gehört auch dazu, dass das SEZ nach 2003 in den sportlichen Nutzungen, die wir gerade gesehen haben, auch in der großen Sporthalle, ein kommerzieller Sportanbieter gewesen ist, wie wir sie viele in der Stadt haben, wie sie aber hier im Ausschuss, weil wir für den öffentlich organisierten Sport, die Daseinsvorsorge, den gemeinnützigen Sport zuständig sind, keine besonders wichtige Rolle spielen, um es mal vorsichtig zu sagen, weil wir den kommerziellen Sport nicht aus Steuermitteln, aus Haushaltsgesetzmitteln als Haushaltsgesetzgeber fördern. Das heißt, uns muss sportfachlich die Frage interessieren, wie viel öffentliche Sportfläche wir gewinnen, und da ist es ein Zugewinn, wenn wir erst mal eine Sporthalle gewinnen und wenn, wie es im Bebauungsplan eingeplant wird, weitere Grün-, Frei- und Sportflächen im Gelände entstehen.

Ich will zwischendurch auch Fragen einbauen, die ich habe, nämlich einerseits – das richtet sich alles an die Verwaltung, eher an den Stadtentwicklungsbereich – würde mich die tatsächliche Beurteilung zum Thema Denkmalschutz interessieren. Das Gebäude wird ja mal auf diese Frage hin begutachtet worden sein, zumal wir ein anderes Gebäude wie das FEZ gerade unter Denkmalschutz gestellt haben.

Mich würde interessieren, welche Zahlen es gibt – Herr Waßmuth hat skizziert, wie eine Sanierung aussehen könnte, wie beurteilt das die Verwaltung? –, was eine Sanierung den Steuerzahler oder die Steuerzahlerin kosten würde, denn ich habe Sie alle so verstanden, dass wir nicht noch mal darüber reden sollen, das Ganze an Privatinvestoren zu geben, sondern dass die Erwartung ist, dass das Land Berlin das Ding in Zukunft betreibt? Was ein Bäderstandort in der Größenordnung ungefähr kosten würde, habe ich gerade deutlich gemacht.

Dann würde mich auch noch interessieren, wie die Einschätzung der Verwaltung zum Thema Schadstoffe ist, wobei es vermutlich Teil des Sanierungsbereichs ist, was den Steuerzahler, die Steuerzahlende das kosten würde.

Ich will nach dem Besuch, den wir mit dem Sportausschuss vor etwa vier Wochen hatten, durchaus sagen, dass ich es für vorstellbar halte, das Gebäude teilweise zu erhalten, bauliche Elemente, Eingangsbereiche oder Ähnliches. Das ist in der Tat, das hat der Staatssekretär schon deutlich gemacht, Teil des Werkstattverfahrens. Ich will aber hier auch klar für meine Fraktion sagen, dass sich für mich an der Notwendigkeit, in dieser Stadt mit einer hohen Wohnungsknappheit, mit einer hohen Wohnungsnot und mit hohen Mieten nichts daran geändert hat, dass ich Wohnungsbau möchte. Im Bebauungsplan, wie gesagt, mit rot-rot-grüner Mehrheit 2018 beschlossen, sind Wohnungen, Schulbau und im Übrigen auch die Erweite-

rung des Volksparks Friedrichshain vorgesehen. Ich glaube, an diesen Bedarfen hat sich nichts geändert, und mir und meiner Fraktion ist es wichtig, hier auch noch mal zu sagen, dass dort mitten in der Stadt, in einer Gegend, in der es verhältnismäßig wenig kostengünstigen Wohnraum gibt – ich wohne im Alten Schlachthof, ich kann es beurteilen, wo es nicht mehr kostengünstigen Wohnraum gibt –, von einem landeseigenen Betrieb 250 Wohnungen entstehen, die preisgebundene Sozialwohnungen sind, dass das Gesamtbauvolumen mit 500 Wohnungen bei einem landeseigenen Wohnungsbauunternehmen organisiert wird. Wir haben nicht mehr allzu viele Stellen, insbesondere mitten in der Stadt, mitten in unmittelbarer Citynähe, wo wir so etwas auf landeseigenen Flächen realisieren können. Daher will ich noch mal sagen, dass uns das vor dem Hintergrund der Wohnungsnot in Berlin besonders wichtig ist. – Dabei lasse ich es mal im ersten Durchlauf. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Buchner! – Herr Standfuß, bitte!

Stephan Standfuß (CDU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich vielem anschließen, das Herr Buchner gerade gesagt hat. Ich fangen mal mit der Bädersituation an, die schon vortrefflich beschrieben worden ist, wo da die Schwierigkeiten liegen. Ich würde sogar sagen, dass auch ein privater Investor möglicherweise an dem Weiterbetrieb dieses Bades kein Interesse hat, weil wir in Gesprächen mit privaten Investoren festgestellt haben, was die dann für einen Aufwand betreiben müssten. Da geht es dann um 20, 30 Wasserrutschen, damit so ein Bad überhaupt für einen privaten Betreiber interessant ist. Ich glaube, dass das an dem Standort nicht realisierbar ist.

Nichtsdestotrotz will ich an der Stelle noch mal auf die besondere Bedeutung dieses Gebäudes zu sprechen kommen, die ich schon mal in der Presse irgendwo erwähnt habe. Es ist für die damalige umliegende Bevölkerung, und zwar unabhängig von der politischen Situation in der DDR, ein Fenster gen Westen gewesen, ein Fenster in die Freiheit gewesen, und ich finde, dass man das bei allen Plänen, die man jetzt hat, berücksichtigen muss.

Wir sind uns einig darüber: Wir brauchen in Berlin Wohnungen, das haben wir immer gesagt, und wenn sich ein Standort bietet, wo man Wohnungen bauen kann, ist es vernünftig, wenn man das entsprechend plant. Nichtsdestotrotz könnte ich mir zum Beispiel vorstellen, dass man vielleicht den Bereich der Sporthalle in ein wie auch immer geartetes Wohnungsbauprojekt einbezieht, mit einem markanten Teil des Eingangsbereichs. Ich glaube, das würde auch dem Wunsch derer gerecht werden, die einfach so ein Stück des SEZ bewahren wollen. Ich würde mir nicht anmaßen, nach unserem Besuch zu bewerten, ob das Gebäude technisch das noch hergibt oder nicht. Wir können vielleicht gleich noch hören, wie da die Einschätzung der Senatsverwaltung ist. Aber grundsätzlich würde ich mich tatsächlich darüber freuen, und das habe ich schon im Gespräch mit den Bürgerinitiativen gesagt, wenn man hier nicht nur den Raupenbagger einmal drüberschicken würde, um danach alles neu zu machen, sondern prüft, vielleicht in einem Werkstattverfahren oder wie auch immer dann das geeignete Verfahren aussieht, inwiefern Bauteile erhalten bleiben können, die natürlich aus sportfachlicher Sicht zukünftig mehr Sportflächen geben. Da könnte ich mir diesen gesamten Bereich der ehemaligen Gymnastik- oder Turnhalle vorstellen, das ist eine ordentliche Sportfläche, die zur Verfügung steht, mit einem Teil des sehr markanten Eingangsbereich, sodass es auch denjenigen, die sich gern an dieses besondere Gebäude zurückinnern, weil es zu DDR-Zeiten mit westlichen Standards gebaut worden ist, gerecht wird. – Danke!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Valgolio, bitte!

Damiano Valgolio (LINKE): Ich kann dem Kollegen Standfuß zustimmen, dass viele Menschen, die dort schon lange wohnen, tolle Erinnerungen an das SEZ haben, und dass das auch in die Überlegungen einbezogen werden muss. Ob das für die Menschen ein Fenster in den Westen war, kann ich nicht beurteilen. Ich habe nicht in der DDR gelebt, deswegen maße ich mir kein Urteil an. Jedenfalls können wir uns darauf einigen, dass sie damit viele tolle Erinnerungen verbinden und deswegen auch so sehr daran hängen.

Ich stimme auch zu, dass wir heute natürlich vor allem sportpolitisch auf das SEZ gucken sollten und auf die mögliche Zukunft. Deswegen möchte ich Sie, Frau Becker, noch mal fragen: Wir haben jetzt gehört, dass auch bei Komplettabriss und Neubau in einem gewissen Umfang Sportflächen entstehen könnten. Mein Eindruck bei der Begehung war, dass das, was beim SEZ vorhanden ist, zum Beispiel diese große Sporthalle, von der auch die beiden Kollegen sprachen, in einem sehr guten Zustand ist und dass man die praktisch morgen aufschließen und dort Sport betreiben könnte. Deswegen möchte ich den Senat aus sportpolitischer Sicht fragen, wie er das beurteilt, ob es richtig ist, wenn man zum Beispiel diese Sporthalle, die zum SEZ gehört, die Schlittschuhbahn oder die Rollschuhbahn, wieder für Sport nutzbar machen würde – in die Richtung habe ich den Kollegen Standfuß verstanden –, dass so deutlich mehr Sportflächen genutzt werden könnten, als wenn man komplett abreißt und neu baut und innerhalb des Neubaus bestimmte Sportflächen vorsieht, wie es der Kollege Buchner beschrieben hat. Kann man das vergleichen? Wie schätzt es der Senat aus sportpolitischer Sicht ein? Was ist die bessere Variante? – Das ist meine erste Frage.

Dann noch eine Frage an Sie, Herr Slotty, weil Sie gesagt haben, aus den und den Gründen ist der Erhalt oder der Kompletterhalt für den Senat keine Option. Da habe ich nicht genau verstanden, was die Gründe sein sollen. Wir haben jetzt gehört, dass der Bebauungsplan von 2018 jedenfalls nicht zum Abriss des SEZ zwingt, sondern dass der Bebauungsplan es zulässt, das SEZ so, wie es ist, zu sanieren und mit seiner bisherigen Bestimmung als Bestandsgebäude weiterzutreiben. Da ist meine Frage an Sie, ob das stimmt oder – Sie schütteln jetzt den Kopf –, warum das nicht stimmt, warum Sie aus dem Bebauungsplan irgendeinen Zwang zum Abriss ableiten. Wenn es nicht um den Bebauungsplan geht, sondern möglicherweise um die Kosten, ist meine Frage, von welchen Kosten Sie ausgehen. Was würde es denn kosten, das SEZ zu sanieren und wieder als Schwimmbad zu betreiben? Was würde es kosten, die Sporthalle weiterzubetreiben? Was würde es kosten, die die Roll- und Schlittschuhbahn zu sanieren und weiterzubetreiben? Was würde es kosten, die jetzigen Gebäude komplett abzureißen? Was sind die reinen Abrisskosten, von denen Sie ausgehen?

Wir haben jetzt von den Kollegen Standfuß und Buchner gehört, dass es überlegenswert wäre, zumindest die jetzige Sporthalle oder vielleicht die Schlittschuh- und Rollschuhbahn zu erhalten und zu sanieren. Sind diese Varianten nach den Vorgaben in der Machbarkeitsstudie, die ausgeschrieben ist, möglich, oder sind die ausgeschlossen? Kann jemand, der sich an der Machbarkeitsstudie und am Werkstattverfahren beteiligt, ein Architekt oder wer auch immer, der da Vorschläge einbringt, sagen: Hier, ich habe eine tolle Idee. Ich möchte gern die Sporthalle und die Schlittschuhbahn erhalten –, oder ist es von vornherein vorgeschrieben, dass das abgerissen wird?

Eine letzte Frage, wenn wir schon bei der Machbarkeitsstudie sind: Was würde dagegensprechen, die Machbarkeitsstudie insoweit aufzumachen, dass es zumindest möglich ist für die, die sich beteiligen, auch Vorschläge zu machen, die nicht nur den Erhalt der Turnhalle und der Rollschuhbahn vorsehen, sondern auch den Erhalt des Schwimmbads und den dann mit Wohnungsbau zusammenbringen? Was spricht dagegen, die Machbarkeitsstudie zumindest insoweit zu öffnen, dass solche Vorschläge möglich werden? – Danke!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Scheermesser, bitte!

Frank Scheermesser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Das, was Sie gerade gesagt haben, ist mir bei der Besichtigung auch aufgefallen. Ich bin Projektant, Maschinenbau, ursprünglich und habe mir auch mal diese ganzen Tragwerke, die ganzen Techniken und den Bauzustand angeguckt. Ich war selbst sehr erstaunt, dass es relativ gut erhalten ist.

Jetzt mal zur sportlichen Sicht, als Erstes: Wir haben hier davon gesprochen, dass in Berlin Sportflächen fehlen, besonders Schwimmkapazitäten, und wenn ich den Standort ansehe und wie viel Sportarten auf diesem begrenzten, engen Raum dort möglich gemacht worden sind und möglich wären, ist es schon erstaunlich, dass der Senat sofort so eine Abrissstrategie machen möchte, zumal gerade die Schwimmflächen – Herr Buchner sagte, in der Holzmarktstraße wird ein Bad neu gebaut. Das ist nicht ganz richtig. In der Holzmarktstraße war ein Bad. Das ist faktisch geschlossen worden, und dann hat man eine Bau- und Sportnutzung daraus gemacht. Man hat dieses Bad erhalten. Man modernisiert es, man hat es als Grundlage und baut darum herum und darüber Wohnungen. Das ist eine vernünftige Sache. Aber Schwimmkapazitäten fehlen in Berlin sowieso. Wenn ich mal überlege, die letzten 25 Jahre, 30 Jahre ist fast jedes Jahr ein Bad vom Netz gegangen, und die Zahlen der Nichtschwimmer unter den Kindern steigen. Wir haben jetzt wieder die Diskussionen über die kalten Bäder, dass einige Bäder jetzt im Sommer nicht mehr beheizt werden, dass wiederum Familien und mit Kindern nicht zum Schwimmen lernen kommen. Das sind alles Dinge, wo ich mich aus sportlicher Sicht frage, wieso man es überhaupt in Frage stellt, dass dort, wenn schon Sportflächen vorhanden sind, die nicht genutzt werden sollen.

Zum anderen hatte Herr Waßmuth erwähnt, dass dort schon damals eine Art Kraft-Wärme-Kopplung installiert wurde, das heißt, mit der Wärme, die die Eisfläche abgibt, wurde das Schwimmbad beheizt. Ich hatte im Sportausschuss schon darüber gesprochen, dass man das generell, wenn es vorhanden ist, erneuern oder ausbauen soll, und wenn Neubauten sind, dass man, weil es auch keine Eisflächen in Berlin gibt, so etwas koppeln kann, und dort ist es ja schon da. Das ist für mich eine hervorragende Sache, wie man neue Techniken und vor allen Dingen hohe Energieeinsparungen damit erzeugen kann. Deswegen hatte ich schon mal den Senat gefragt, warum kein unabhängiges Gutachten über den baulichen Zustand des SEZ in Auftrag gegeben wurde und ob das vielleicht mal geplant wird, denn es scheint hier Uneinigkeit zu herrschen, ob es nun wirklich so gut ist, dass man das komplett abreißt.

Zu einem anderen Thema: Diese Abrisskosten werden auf, ich weiß nicht, ob das stimmt – Herr Waßmuth, Sie hatten etwas von 50 Millionen Euro gesagt. Was dazukommt, ist die enorme Dreck- und Lärmbelastung der ganzen Anwohner. Ich denke, so ein Gebäude mit so einer – Sie sagten, dass eine hohe Stahlbetonschicht unten ist. Das alles abzureißen und wegzutransportieren, würde bestimmt eine längere Zeit dauern, in der es eine immense Lärm-,

Dreck- und Schadstoffbelastung gibt. Im Senat wird immer über Klimaneutralität und CO₂-Einsparung geredet. Ich möchte nicht wissen, was da für CO₂ rausgepulvert wird und was dort verbraucht wird. Man sollte sich vielleicht auch mal überlegen, wie diese sogenannte Klimabilanz bei so einer Sache aussieht.

Weiterhin haben wir noch eine Frage zum Thema Finanzierung und Betrieb. Ich habe aus den Ausführungen herausgehört, dass es wahrscheinlich, wenn das erhalten oder teilweise erhalten würde, eine Sache des Landes Berlin wird. Ist eigentlich schon mal über ein öffentlich-privates Betreiberkonzept nachgedacht worden? Gibt da Überlegungen oder vielleicht Leute aus der Initiative „SEZ für alle!“, dass es vielleicht Sponsoren sind, oder, Frau Lange, wie stellen Sie sich das vor? Glauben Sie, dass das alles vom Senat, also vom Land Berlin, gemacht werden müsste, oder haben Sie vielleicht Ideen, wie private Investoren oder private Betreiber sich zumindest teilweise mit einbringen könnten und somit dem Senat einen wirtschaftlichen Standpunkt darlegen können, der vielleicht mehr zum Umdenken beiträgt?

Generell ist es natürlich so, dass unsere Fraktion den Wohnungsbau, den Schulbau und neue Wohnungen absolut unterstützt, aber wir sehen nicht zwingend einen Totalabriss des Gebäudes. Wohnungen und Sport, das muss nicht gegeneinander stehen. Sport und Wohnungen können auch gemeinsam gemacht werden. Es gibt dafür international gute Beispiele, in Singapur oder Dubai. Dort werden Riesensportanlagen oder Sportparks in die Ebene gemacht, und darüber werden Häuser gebaut. Das ist gar nicht so teuer. Da kann man gern mal Expertisen einholen. Wenn man zum Beispiel die Grundsubstanz des SEZ mit seiner Vielfalt und den Möglichkeiten erhält, modernisiert – – Es muss vielleicht kein Wellenbad sein, aber es kann zumindest ein vernünftiges Schwimmbad werden oder eine schöne Eisfläche, wo man das eben koppeln kann, diese ganze Konstruktion erhält und darüber dann die Wohnungen baut.

Und soweit wir gehört haben, soll sowieso die Schule nicht dort gebaut werden, wo das SEZ steht, sondern auf einer Freifläche soll die Schule gebaut werden. Dann ist es naheliegend, dass die Schule entsprechende Sportmöglichkeiten hat. Das sind hervorragende Sporthallen. Wir haben das gesehen. Die Tischtennishalle war fast neu. Selbst die Tischtennisplatten waren noch alle super. Diese Sporthallen, die sich anschließen, die daneben sind, kann man im Prinzip aufschließen und wieder Sport machen, und es ist schon schade, wenn man überhaupt nicht darüber nachdenkt. Warum kommt dieser Zwang zum Komplettabriss? Ich weiß nicht, vielleicht wollen Sie, weil Sie damals dieses SEZ für den obligatorischen 1 Euro an einen Privatinvestor gegeben haben, ohne Sicherheiten, ohne Möglichkeiten, Rückfallklausel und so weiter, diese Versäumnisse, die Sie damals gemacht haben, schnell vertuschen und beseitigen. So scheint es mir fast zu sein. Ich verstehe die Eile nicht, gerade weil dort ein fantastischer Standort ist und wir das brauchen. Rein aus sportlicher Sicht ist es eigentlich unabdingbar für diese moderaten Kosten, die wir dort haben, Sport zu erhalten. Daher wäre die Frage, warum diese Eile, und warum geht das nicht mit diesem Gutachten?

Letzte Anmerkung: Es wäre dort noch eine Machbarkeitsstudie zu machen. Wir finden es notwendig, dass der Prozess noch mal überdacht wird und eine komplexe Machbarkeitsstudie über den Standort gemacht wird. Ich denke, das lohnt sich, das würde sich für alle rechnen und trägt auch zur Bürgerbeteiligung bei, die meines Erachtens bisher nicht so vonstattengegangen ist, wie es eigentlich hätte sein müssen für so ein Riesenprojekt. – Alles ist soweit gesagt, und ich bin gespannt auf die Antworten.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Zuerst einen ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden und alle Menschen drumherum, die sich hier für die Fragen rund um das SEZ und eine Nutzung des Geländes einsetzen! Das ist an dieser Stelle auch mal zu sagen, denn wir sind uns, glaube ich, in diesem Raum größtenteils einig, hoffe ich, dass das SEZ ein Paradebeispiel für eine völlig falsche Liegenschaftspolitik war und bleibt und auch für eine falsche Ausverkaufspolitik der Stadt steht, die sich so hoffentlich nicht wiederholt, ob es dabei um Sportnutzungen, um andere Gebäude oder um Liegenschaften geht, die Baupotenzial haben. Da hat die Stadt sehr viel falsch gemacht. Aber trotz alledem hat sich seitdem auch eine Menge verändert und getan, und da möchte ich gern anknüpfen, weil es hier mehrfach angesprochen worden ist.

Der Bebauungsplan, der beschlossen wurde, liegt einige Jahre – ich glaube, bald sieben – zurück, und es hat sich neben dem, dass sich die Stadt und viele andere Bedingungen verändert haben, auch die Eigentümerschaft dieses Grundstücks verändert. Das war eine der Grundbedingungen für diesen Bebauungsplan und diese Pläne, wie sie in diesem Plan zu finden sind. Jetzt so zu tun, als hätte das überhaupt nicht in Verbindung mit dem Voreigentümer aus Leipzig und diesen Senatsplanungen hier gestanden, entspricht nicht ganz der Wahrheit. Hinzuzufügen ist auch noch, weil der Bezirk angesprochen worden ist, dass, als das Planungsrecht 2015 entzogen worden ist, der Bezirk den Erhalt der Kubatur des SEZ im Baubauungsplan als Ziel nachgezeichnet hatte.

Jetzt bringt es aber nichts, nur die Vergangenheit zu betrachten, denn davon ist das SEZ ebenso nicht gerettet. Wir müssen uns überlegen, was wir mit diesem Gebäude, mit dem Grundstück, aber auch mit dem öffentlichen Geld machen, das wir investieren wollen, denn darum geht es hier letztendlich. Wir sind der Meinung, dass es möglich ist, die verschiedenen Bedarfe miteinander zu verbinden, ob das Schule ist, ob das Wohnen ist, vor allen Dingen aber die Sport- und Freizeitnutzung. Ob das mit den Festlegungen der Baugrenzen im Bebauungsplan eins zu eins so umsetzbar ist, diese Frage ist zu untersuchen beziehungsweise ergebnisoffen in einer entsprechenden Machbarkeitsstudie zu verankern. Denn worin liegt der Mehrwert, in den nächsten Monaten Fakten zu schaffen, um danach ein beräumtes Gelände zu haben, wenn anschließend sowieso erst mal nicht direkt eine Baustelle beginnt? Das erleben wir ja gerade. Das Land hat An der Urania 4 - 10 abgerissen und die Pläne für Wohnungsbau gestrichen. Das sind Beispiele, wo sich Ähnliches beim SEZ auf keinen Fall wiederholen darf, auch an anderen Stellen der Stadt nicht, und wir überhaupt den Erhalt statt den Abriss in den Mittelpunkt stellen müssen. Das gilt gerade hier, wo wir Flächen haben, die durch den Sport nutzbar und zu ertüchtigen wären. Warum gehen wir nicht mit einer Offenheit, wo wir als Land Berlin seit kürzerer Zeit wieder die Eigentümerschaft haben, rein und sagen: Gucken wir, was geht! Was geht in der Kombination? Was geht mit einem Erhalt, mit einem Teilerhalt? Was ist machbar? – Was jetzt schon klar ist: Die Schule und das Grundstück sind im Bebauungsplan neben dem heutigen SEZ. Der Abriss des SEZ ist keine Bedingung für den Schulneubau. Das ist, glaube ich, allen bekannt. Das ist auch im Bebauungsplan so dargelegt. Die Dimension, die das SEZ aus kulturhistorischer oder bauhistorischer Sicht hat, fällt noch mit rein. Dazu werde ich gleich noch eine Frage stellen.

Es lässt sich aber auch noch sagen, weil es hier eben anklang, dass wir unbedingt Wohnungen bauen müssen und diese auch auf landeseigenen Flächen. Das stimmt, aber nicht jede landeseigene Fläche ist automatisch für den Wohnungsbau geeignet. Wir haben genug Flächen, wo wir bewusst sagen: Dort nicht. – Wir haben auch Flächen, die wir für Ausgleichsthemen nutzen müssen. Das ist aber etwas, das nicht in diesen Ausschuss gehört. Nichtsdestotrotz muss das angesprochen werden. Ich frage mich seit einer Weile: Würden wir hier auch in dieser Form über einen Abriss sprechen, wenn das Gebäude das ICC wäre oder Ähnliches? – Dort haben wir multiple Probleme, und dort wird mitnichten eine Abrissdebatte geführt und immer damit begründet, was es für eine Identifikationsfigur für den Westteil der Stadt ist. Ich will hier gar nicht West gegen Ost ausspielen, aber das ICC ist wesentlich größer und hat wesentlich schwierigere Voraussetzungen, auch von den Schadstoffen her, und dementsprechend muss man sich hier sich schon fragen, warum das hier im Maßstab anders bewertet wird. Die Antwort darauf ist bisher ausstehend geblieben, denn der Staatssekretär führte gerade aus, es sei ein ganz schlechter baulicher Zustand. Wir haben hier, aber auch an anderen Stellen schon genau das Gegenteil gehört, dass es einer Sanierung bedarf, aber nicht eines Abrisses.

Schadstoffe werden auch immer wieder angeführt, und bei der Besichtigung wurde auf Nachfrage aber von der WBM eingeräumt, dass es eigentlich gar nicht so eine richtig große Schadstoffbelastung gibt, sondern eine ganz normale, wie in anderen Gebäuden ebenso. Auch das ist etwas, das dann stutzig macht. Es soll ein Schadstoffgutachten geben. Dieses liegt noch nicht vor. Vielleicht können Sie aber auch, und dann kommen wir zu den Fragen, noch etwas zu den Zeitpläne der angekündigten Studien und Untersuchungen liefern. Das wäre etwas, das auf jeden Fall zur Transparenz beiträgt, denn erst dann können wir anhand von Fakten argumentieren, dass ein Erhalt nicht möglich ist. Sie haben meines Erachtens diese Fakten noch nicht zugeliefert, aber vielleicht sagen Sie, wann diese vorliegen sollen.

Dann könnten Sie vielleicht gleich ausführen, wie denn der aktuelle Stand der Ausschreibung ist und auch, wie die Formulierungen darin sind. Trifft es denn zu, dass es bereits Runden gab, in denen eine Abrissvariante gegenüber einer Erhaltsvariante als zu bevorzugen tituliert wurde? Vielleicht könnten Sie das auch noch sagen, wobei Sie es eigentlich in Ihren Ausführungen beantwortet haben, dass Sie sagten, ein Abriss sei unabdingbar. Nichtsdestotrotz wäre es interessant zu hören, wie die Formulierungen dort ausfallen.

Ebenso damit in Kombination: Sind denn die Inhalte der Machbarkeitsstudie überhaupt noch veränderbar, oder stehen die fest? Das waren auch Fragen des Ausschusses nach der Besichtigung. Auch das ist etwas, das hier vielleicht noch mal kurz ausgeführt werden kann, weil das gerade für Nutzungen im Sinne des Sportes eine Relevanz besitzt.

Dann zum Thema Denkmalschutz, weil es hier eben von Vorrednern angesprochen worden ist, und damit verbunden zur Frage, welche Gutachten dazu bisher vorliegen, ob die allesamt veröffentlicht worden sind oder ob es welche gibt, die noch nicht fertig sind oder ähnlichen Dingen entsprechen.

Dann würde mich interessieren, wie es mit dem Thema Zwischennutzungen aussieht. Wenn Sie nicht in den nächsten Monaten – ich spalte es mal zu – mit dem Bagger kommen, wäre das durchaus eine Einnahmequelle, Zwischennutzungen zuzulassen in dem Maße, wo es geht. Es wurden, das haben wir bei der Besichtigung gesehen, Flächen zum Beispiel für Filmaufnahmen vermietet, aber es wären – das wurde bereits von mehreren angesprochen –, Sport-

nutzungen denkbar, gerade Richtung Danziger Straße. Wäre das auch eine Option? Das geht dann aber auch an die Anzuhörenden, welche Bedarfe Sie hier sehen und was Sie sich vorstellen oder auch wünschen verbunden mit dem Punkt, weil Sie das eben sagten, Herr Waßmuth, glaube ich, Sie waren es, dass Nutzungen gegeneinander ausgespielt werden. Vielleicht könnten Sie noch erläutern, was damit genau gemeint ist.

Dann würde mich interessieren, wie es mit dem Bereich Natur- und Umweltschutzmaßnahmen steht und Untersuchungen und Studien dort. Das Gelände, auch das wurde berichtet und war deutlich zu sehen, ist ja kein komplett betoniertes. Was sind hier für Untersuchungen vorgesehen, auch vor Abriss? Welche Maßnahmen ergreifen Sie dort, und welche sind anschließend geplant? Was bedeutet das überhaupt für eine Genehmigungsfähigkeit, was gerade Umwelt und Natur angeht?

Abschließend würde mich interessieren, weil Sie, Herr Slotty, noch mal auf den B-Plan verwiesen hatten: In diesem ist die Fläche „B“ genannt. Welche Planung gibt es aktuell dafür, weil die bisher meines Erachtens nicht auftauchen und das auch eine Sache ist, die gerade mit Blick auf Wohnungsbau, aber auch Vereinbarkeit von Sportnutzungen oder Erhalt des SEZ eine Relevanz haben könnte? Vielleicht könnten Sie dazu auch noch etwas ausführen. – Ich freue mich auf die Antworten.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Schwarze! – Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Ich würde gern noch auf ein paar Punkte von Kollegen eingehen, weil wir gemeinsam bei der Begehung gewesen sind. Also auch Herr Scheermesser und Herr Schwarze waren bei der Begehung, und wir haben gehört, dass man ganz nah an einem Betretungsverbot liegt, dass die Elektrik nicht mehr angeschaltet werden kann, dass die Technik im Keller unter Wasser steht. Insoweit scheint es mir, dass man in der Sporthalle sofort das Licht einschalten und ab sofort wieder Sport machen könnte, doch etwas weit hergeholt zu sein.

Zu Herrn Schermesser vielleicht noch, weil Sie das angesprochen haben: Die Holzmarktstraße waren 25 Meter, und es werden jetzt zweimal 25 Meter. Es ist also zusätzliche Sportfläche. Das hatten Sie vielleicht nicht auf dem Schirm.

Natürlich diskutieren Sport hier ständig. Wenn wir nur nach benötigten Sportflächen gehen würden, dann müsste man das alles abreißen und vier Fußballfelder draufmachen, denn Großspielfelder fehlen uns am meisten in der Stadt. Das hören wir hier gefühlt alle 14 Tage oder alle -- Nein, nicht ganz so oft, aber in jedem zweiten Ausschuss. Es wird nicht passieren, dass wir am Ende vier Fußballfelder da bauen, aber nach den reinen Sportbedarfen wäre es das, was man dort sinnvollerweise machen müsste, weil wir keine Großspielfelder in den Innenstädten mehr haben bei dem wachsenden Sportbedarf. – Das will ich nur einmal gesagt haben.

Zweiter Punkt, der B-Plan von 2018: Was Herr Schwarze gesagt hat, dass ein B-Plan abhängig von der Frage sein soll, wer denn Eigentümer ist, finde ich eine hochgefährliche Diskussion. Mir ist natürlich klar, warum man das gemacht hat: weil Löhnitz 2018 etwas ganz anderes vorhatte. Der wollte, das ist meine Unterstellung, nie ernsthaft dort einen Sportstandort betreiben, sondern im Idealfall so etwas wie ein Ferienwohnungspark, Trailerpark oder Ähnliches errichten. Deswegen war es richtig, nach 2018 einen Bebauungsplan, der öffentliche

Nutzung vorsieht, draufzulegen. Warum der Bebauungsplan von 2018 jetzt aber falsch sein soll – Auch schon 2018 war doch das Ziel, dieses Grundstück wiederzubekommen. Wir haben doch gemeinsam über viele Jahre daran gearbeitet, das Grundstück in öffentliche Hand zu bekommen. Dass der Bebauungsplan dafür jetzt wieder falsch und ungeeignet sein soll, finde ich eine ein bisschen schwierige Debatte.

Letzter sportfachlicher Punkt, weil das vielleicht die wichtigste Frage ist: Mal angenommen, das gelingt. Es sagen alle, diese Sporthalle an der Petersburger sieht eigentlich noch ganz gut aus. Man erhält die, und man baut vielleicht die Schulsporthalle nicht. Das wäre möglicherweise eine Variante, weil man sagt, das ist günstiger. Ob das Sinn macht, muss sich doch am Ende der Betreiber der Sporthalle fragen. Wir betreiben doch als Land Berlin, auf Senatsebene, keine Sporthalle. Das heißt, wir müssten im nächsten Schritt eigentlich den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, auf dessen Grundstück das Ganze steht, hierherholen und fragen: Wollt ihr diese Sporthalle? Habt ihr das Geld, sie zu sanieren? Habt ihr das Geld, sie zu betreiben? Oder ist vielleicht doch der Neubau die kostengünstigere und sparsamere Variante? Das muss man dann hier mit dem Bezirk besprechen.

Auch wenn man hier die Wunschträume von einem Bad noch weiter träumt, stellt sich die Frage, wer am Ende Betreiber dieses Bades ist. Ein Privater? Wenn ich Frau Lange und Herrn Waßmuth richtig verstehe, kann das nicht das Ziel sein, weil wir keine Therme haben wollen, kein Bad, wo dann die Eintrittskarte für den Tag 40 Euro kostet, sondern im Idealfall ein Bad, das in der Struktur der Bäder-Betriebe funktioniert. Die Bäder-Betriebe waren zwischen 1996 und 2003, wenn ich es richtig weiß, der Betreiber des SEZ und, glaube ich, damals schon nicht so wahnsinnig zufrieden mit den Kosten, die entstanden sind, und mit dem Ertrag und den Verlusten, die das gemacht hat. Das heißt, man muss bei den Teilen, die öffentlich erhalten bleiben, sehr sorgfältig abwägen, wer es denn eigentlich ist, der es betreibt.

In der Logik des Landes Berlin ist es im Wesentlichen bei den Sportflächen der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der hier an den Tisch muss, der uns in der Beurteilung und Kenntnis seiner eigenen Sportflächensituation sagen müsste, was er an Sportflächen, gedeckt im Wesentlichen oder im Zweifel auch ungedeckt, für sinnvoll hält. Deswegen findet es nicht im luftleeren Raum statt, sondern am Ende ist immer die Frage – Es ist leicht für uns, eine schöne Auftragsarbeit zu sagen, wir wollen, dass das alles erhalten bleibt. Am Ende ist aber die Frage, kurz gesagt, wer bezahlt, dass es erhalten bleibt, weil jede Infrastruktur, die wir bauen, am Ende Geld kostet und wir hier nicht einfach das Geld des Bezirks ausgeben könnten, selbst wenn wir uns vorstellen könnten, die Halle beispielsweise zu erhalten.

Vorsitzender Scott Körber: Herr Naumann, bitte!

Reinhard Naumann (SPD): Ich habe mich spontan zu Wort gemeldet, weil ich inzwischen 2025 wirklich empörend finde, einen Beitrag einzuleiten: Ich will hier keine Ost-West-Debatte aufmachen –, und genau das dann zu tun. Es ist völlig abwegig, das ICC hier überhaupt zu erwähnen, weil es Äpfel und Birnen bedeutet. Fachlich war das ICC nie ein Sport- oder Freizeit- und Erholungsstandort, sondern wie jeder weiß, der Name sagt es, ein internationales Kongresszentrum, und daher weise ich das als Charlottenburger Abgeordneter ausdrücklich zurück.

Wenn wir jetzt mal den Blick in den Westen werfen, liebe Grünenfraktion, dann fragen Sie mal Ihre Charlottenburger Abgeordneten, zum Beispiel Kollegin Vandrey, wie sie es findet, dass das Charlottenburger Hallenbad, die große Schwimmhalle, brachliegt und wir hier auch schon erörtert haben, dass dieser zentrale Schwimm- und Versorgungsinfrastrukturstandort für die Innenstadtbevölkerung in Charlottenburg-Wilmersdorf auf absehbare Zeit wegen fehlender 40 Millionen Euro plus keine Antwort findet, auch nicht hier im Sportausschuss, eine bestehende sportliche Schwimminfrastruktur wieder ans Netz zu bringen. Ich ver wahre mich davor, hier anzufangen, gegeneinander auszuspielen. Das sage ich auch so deutlich, liebe Grünenfraktion, gerade weil hier engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Friedrichshain vor Ort sind. Das ist unanständig.

Vorsitzender Scott Körber: Wir haben noch weitere Wortmeldungen. Ich würde, und zwar vor allem Herrn Standfuß und Herrn Schwarze, die auf der Liste sind, fragen, ob Sie noch kurze Anmerkung haben oder wir eine zweite Runde machen, denn irgendwann müssen auch die Antworten kommen. – [Stephan Standfuß (CDU): Bei mir ist es kurz!] – Bei Herrn Standfuß ist es kurz. Herr Schwarze? Lieber eine zweite Runde? – Okay, dann versuchen Sie es bitte beide kurz. – Herr Standfuß, bitte!

Stephan Standfuß (CDU): Ich wollte nur die Fakten ganz kurz ansprechen. Es wurde natürlich über den Abriss des ICC diskutiert. Es ist einfach falsch, wenn man sagt, dass nicht darüber diskutiert wurde, und tatsächlich wurde auch mal darüber diskutiert, ob man markante Teile der Fassade erhält und dahinter einen Neubau organisiert beziehungsweise plant. Genau das könnte, habe ich ja vorhin gesagt, zum Beispiel eine Lösung für das SEZ sein, dass man sich mit markanten Teilen, aber für uns im Sportbereich aus sportfachlicher Sicht vor allem mit der Turnhalle beschäftigt, ob man diese möglicherweise erhalten kann mit diesem markanten Eingangsbereich. Das wäre vielleicht sowohl für das eine Gebäude als auch für das andere Gebäude eine gute Lösung. Aber es stimmt auf jeden Fall nicht, dass über den Abriss des ICC nie diskutiert wurde.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Herr Standfuß! Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Ausführungen, weil Sie genau das auf den Punkt bringen, was das Problem beim SEZ ist. Beim ICC hat man ergebnisoffen darüber diskutiert und hat sich dann für eine Variante entschieden. Beim SEZ hat man gesagt: Abriss! –, und wir kriegen keine Diskussion darüber, wie ein Erhalt möglich sein könnte. Es kann ja auch sein, dass am Ende alle sagen: Oh, geht nicht –, aber wir kommen gar nicht in diese Diskussion hinein, weil wir keine Studie dafür haben, weil es keine Machbarkeitsstudie gibt, die offen ist, und weil niemand den Mut aufbringt zu sagen, wir werfen vielleicht noch mal einen neuen Blick auf diesen B-Plan. Wir wissen doch alle, dass dieses Projekt mit dem Wohnungsbau nicht in den nächsten zwei Jahren fertig dort stehen wird. Das heißt, wir verlieren hinten raus noch nicht mal wirklich etwas. Das ist das, was ich bemängle, und das ist auch die Kritik, dass hier nicht der Mut besteht zu sagen: Okay, wir gucken uns an, was möglich ist –, und das ergebnisoffen zu führen. Diese Ergebnisoffenheit gab es beim ICC, haben Sie richtig gesagt. Das geht auch noch in Richtung SPD. Da wurde sich gerade mokiert. Da hätten Sie genau Ihre Antwort, um was es hierbei geht, und das ist kein gegeneinander Ausspielen. Es ist nur die Einforderung, dass wir uns mit wichtigen Gebäuden dieser Stadt offen beschäftigen.

Der B-Plan hat seine Geschichte. Dieses ganze Gelände hat seine Geschichte. Ich könnte hier auch noch etwas aus früheren BVV-Diskussion mit Herrn Löhnitz erzählen. Das machen wir lieber mal im Anschluss. Also das ganze Ding hat eine Dimension, die nicht normal ist in dem Sinne, dass es ein geordneter Prozess gewesen wäre, das ging auch nicht bei dem Eigentümer, aber den können wir jetzt ja anstoßen. Aber dann lassen Sie uns doch dieses Anstoßen nicht einfach beiseite reden, sondern lassen Sie uns sagen: Okay, gucken wir uns an, was geht –, und dann werten wir es aus. Aber diesen Schritt müssen wir mal erreichen, diesen Schritt müssen wir gehen, und der hält den Prozess am Ende auch nicht wirklich auf. Wenn jetzt aber die Tatsachen geschaffen werden, dass abgerissen wird, dann brauchen wir die Debatte wahrlich nicht mehr zu führen, und darum ging es. Und inwiefern nach Abriss in dieser Stadt schnell etwas passiert, da war ein Beispiel aus Schöneberg, An der Urania 4 - 10. Der Prozess ist jetzt völlig anders, als er angekündigt wurde, ein mahnendes Beispiel.

Noch mal etwas zu den Kosten und dem anderen Beispiel aus Ihrem Bezirk: Vielleicht nur noch mal der Hinweis, dass Sie in der Senatsverantwortung sind und den Anstoß geben könnten, wenn Sie meinen, dass da etwas passieren muss. Sie sind in der Regierungsverantwortung, bitte schön!

Was den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg angeht: Es ist schon ein bisschen unfair, jetzt zu sagen, der Bezirk solle das alles mal bezahlen. Sie wissen genauso wie alle hier im Raum, dass die Bezirke dafür überhaupt kein Budget haben. Das könnten wir aber in den Haushaltsberatungen noch mal ansprechen. Das ist vielleicht aber auch noch ein weiteres Thema. Der Bezirk hat einen Bedarf an der Schule angemeldet. Die Frage wird sein, welche Schule das ist. Aber dass der Bezirk das SEZ übernehmen soll, steht überhaupt nicht zur Diskussion. – [Dennis Buchner (SPD): Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur von der Sporthalle gesprochen!] – Wenn ich Sie missverstanden habe, Sie regen sich ja gerade auf, dann war das zum Glück ein Missverständnis. Nichtsdestotrotz: Allgemein sind die Bezirke, was die sportliche Infrastruktur angeht, untermustergestattet, ein Problem, das wir seit langer Zeit haben, und dementsprechend ist da nicht die Goldgrube für Sanierungsmaßnahmen zu finden.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Jetzt kommen wir zur Beantwortung. Das ist zunächst der Senat. – Bitte, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport): Nur einen kurzen Satz zu Herrn Valgolio. Sie hatten nach unserer Einschätzung gefragt. Aus sportfachlicher Sicht ordnen wir uns momentan natürlich unter. Da ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in erster Linie gefragt. Gleichwohl freuen wir uns über jede Sportfläche, die zusätzlich entsteht. Mehr geht immer, das ist völlig klar. Unser Interesse ist es, dass der festgesetzte Bebauungsplan zeitnah umgesetzt wird, um die Standortentwicklung endlich voranzubringen, die dem Bezirk überdies, wir haben es gehört, neue Sportanlagen bescheren würde, der für eine Sportnutzung zuständig wäre. – Soweit erst mal von meiner Seite.

Vorsitzender Scott Körber: Gut! – Dann Herr Staatssekretär Slotty, bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich muss schon sagen, dass ich mich wirklich etwas wundere. Herr Schwarze, ich möchte gern gleich mal in Ihre Richtung sagen, weil Sie gerade sagten, es würde kein Mut bestehen zu einer Machbarkeitsstudie: Wissen Sie, es gehört auch Mut dazu, wenn man Planungsrecht im Jahr 2018 in

einer Regierungsbeteiligung beschlossen hat, das dann auch bis heute durchzuhalten. Sieben Jahre sind nicht so ein langer Zeitraum, als dass man jetzt nicht sagen kann, die Gründe, warum seinerzeit Planungsrecht in dieser Form geschaffen wurde, würden heute nicht mehr bestehen.

Ich kann Sie gern alle noch mal daran erinnern: Wir befinden uns in einer massiven Wohnungskrise, und zwar in ganz Deutschland und im Besonderen in Berlin. Wir haben hier einen angespannten Wohnungsmarkt. Wir haben einen Wohnungsleerstand von 0,3 Prozent. Wir bräuchten 4 Prozent, um gesunde Verhältnisse in einem Wohnungsmarkt zu erreichen. Sie waren höchstpersönlich an der Erstellung des Stadtentwicklungsplans Wohnen beteiligt. Sie wissen doch, dass wir heute 50 000 Wohnungen bräuchten, um den Wohnungsmarkt zu entlasten und ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In der Verfassung von Berlin finden Sie als Staatsziel im Übrigen auch die Zurverfügungstellung von angemessenem Wohnraum für die Bevölkerung. Wir dürfen doch hier nicht so tun, als würde hier die Landesregierung nun in einem luftleeren Raum und wie es ihr nun mal gerade passt, agieren und aus welchen Gründen auch immer hier sportliche Nutzungen gegen Wohnraum ausspielen. Wir brauchen in den nächsten 15 Jahren 222 000 Wohnungen, und ich kann Ihnen sagen, ich bin für Wohnungsbau zuständig: Ich erlebe in dieser Stadt nicht ein einziges Wohnungsbauvorhaben, das nicht in irgendeiner Form umstritten wäre. Ich frage mich langsam, wo wir überhaupt noch bauen sollen.

Ich möchte gern auch mal unter städtebaulichen Gesichtspunkten sagen: Wir als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sind für Stadtplanung, Stadtentwicklung zuständig. Wir haben viele Fachleute bei uns im Haus, die die Lage hier in der Stadt richtig einschätzen. Wir halten die Ecke am SEZ für einen städtebaulichen Missstand, der zu beseitigen ist, mal völlig unabhängig von der Frage, was dort früher für eine Nutzung war und wie wir das künftig nutzen wollen.

Ansonsten stützen wir als Landesregierung selbstverständlich alle Entscheidungen auf Grundlage der fachlichen Einschätzung, unter anderem zum Denkmalschutz, und natürlich auch auf der Grundlage des geltenden Planungsrechts, das hier beschlossen wurde. Ich frage mich, was für eine Debatte wir hier führen würden, wenn ich heute hier erklärt hätte, dass wir gegen die Ziele des Bebauungsplans verstößen, weil wir die nun mal heute für angemessener halten. Da dürften Sie uns zu Recht kritisieren. 2013 hat der Landesdenkmalschutz umfangreich zum Erhalt des Gebäudes SEZ untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, dass im Übrigen entgegen beispielsweise dem ICC oder auch entgegen dem FEZ, das kürzlich erst unter Denkmalschutz gestellt wurde, hier kein denkmalfachlicher Erhalt empfohlen werden kann. Das ist ebenso im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens bestätigt worden, und das ist nochmals im vergangenen Jahr vom Denkmalschutz bestätigt worden.

Bevor das SEZ im Jahr 2002 außer Betrieb gegangen ist, gab es im Jahr 2000, das können wir im Übrigen durch Parlamentsunterlagen nachvollziehen, im Abgeordnetenhaus auch eine Diskussion über die Frage Sanierung oder nicht Sanierung. Zu diesem Zeitpunkt ist man von Sanierungskosten von 90 Millionen DM ausgegangen. Wir haben seitdem eine Entwicklung mit einer Verdoppelung der Baukosten. Das heißt, wir müssen heute dem Grunde nach von 90 Millionen Euro ausgehen. Wir gehen davon aus, vor dem Hintergrund, dass die Gebäude-technik vollständig unnutzbar ist und vollständig erneuert werden müsste, plus alle Maßnahmen, die im Rahmen des Klimaschutzes zu ergreifen sind, dass wir von Sanierungskosten

reden, die sich im Bereich von 100 Millionen Euro bis 110 Millionen Euro bewegen. Ich habe kein Gutachten, aus dem das hervorgeht, denn ich sage Ihnen auch, es ist vor dem Hintergrund des geltenden Planungsrechts überhaupt nicht geboten, irgendwelche Gutachten zur Sanierung zu beauftragen.

Ich möchte Herrn Waßmuth hier in zwei Punkten entschieden entgegentreten. Erstens, Sie haben eben so ganz lapidar gesagt, das Geld für die Sanierung wäre da. Dann müssten Sie mir mal zeigen, wo das Geld dafür da ist. Ich kenne den Haushalt ganz gut, und ich finde dafür keinen Titel, wo das vorgesehen ist, und auch in der Investitionsplanung ist das nicht. Und Sie haben gesagt, der Bebauungsplan würde einen Weiterbetrieb des SEZ ermöglichen. Auch das schätze ich ganz anders ein, denn der Bebauungsplan sieht einmal ein allgemeines Wohngebiet in dem Bereich vor, in dem das SEZ steht, und ich muss jetzt mal vorlesen, was der Gesetzgeber hier mit der Baunutzungsverordnung in § 4 – Allgemeine Wohngebiete – beschlossen hat:

- „(1) Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen.
- (2) Zulässig sind
 - 1. Wohngebäude,
 - 2. die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
 - 3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
- (3) Ausnahmsweise können zugelassen werden ...“

– und so weiter. Dann gibt es noch ein urbanes Gebiet. Das ist das MU2 im Bebauungsplan. Auch in § 6a der Baunutzungsverordnung finde ich keinen Schwimmbadbetrieb. Insofern muss ich Ihnen da wirklich entschieden widersprechen.

Was die Schadstoffe betrifft, kann ich Ihnen heute keine Auskunft dazu geben, welche Schadstoffe sich explizit darin befinden, weil ich ehrlicherweise diese Unterlagen nicht dabei habe. Es müsste vor einem Abriss natürlich ein entsprechender Rückbau mit einer Schadstoffsanierung stattfinden. Das ist nichts Ungewöhnliches. Ich würde mich heute hier nicht so weit aus dem Fenster lehnen und sagen, die Schadstoffe sind auf gar keinen Fall da. Wir haben jüngst bei einer größeren baulichen Maßnahme in Pankow erlebt, dass dort Asbest an Stellen gefunden wurde, an denen man das baufachlich dem Grunde nach nicht nachvollziehen kann, und ganz ausschließen würde ich das auch hier nicht.

Ich will noch mal sagen, weil heute hier eine Machbarkeitsstudie und Ähnliches gefordert wurde: Wir befinden uns genau in dieser Phase, und ich habe eingangs schon gesagt, dass das Werkstattverfahren dem Grunde nach offen gestaltet ist. Aber natürlich liegen in diesem Werkstattverfahren die Kriterien zugrunde, die der Bebauungsplan uns vorgibt, und der Auftrag, den der Senat hier hat, ist, Wohnungen zu bauen. Ich hatte auch eingangs gesagt, damit hier gar kein falscher Eindruck entsteht: Wir sind da offen, unter Experten darüber zu diskutieren, ob zum Beispiel ein Eingangsbereich erhalten werden kann, ob bauliche gestalterische Elemente erhalten werden können. Das will hier überhaupt keiner infrage stellen. Aber Priorität hat die Schaffung von 500 Wohnungen. Die Diskussion über den Erhalt des SEZ ist aus meiner Sicht spätestens im Jahr 2018 mit dem Beschluss des Bebauungsplans beendet worden.

Ich will auch noch sagen, Herr Schwarze, weil Sie in meine Richtung sagten, die Regierung beteilige hier die Öffentlichkeit überhaupt nicht an der Diskussion: Das ist schlichtweg falsch. Es hat selbstverständlich im Rahmen des Bebauungsplans in den Jahren vor der Festsetzung 2018 öffentliche Debatten darüber gegeben. Es hat öffentliche Beteiligung darüber gegeben. Es ist schlichtweg falsch zu behaupten, wir würden die öffentliche Meinung ignorieren. Aber wir müssen diese Debatte vor dem Hintergrund, ich habe noch mal auf die Wohnungsnot hingewiesen, der Agenda, die wir beim Wohnraum haben, an dieser Stelle nicht noch mal führen.

Mehrheit ist hier meine Aussage zum baulichen Zustand infrage gestellt worden. Jetzt müssen wir uns mal ehrlich machen. Wenn man von dem baulichen Zustand spricht, dann umfasst der viel mehr als nur den Zustand der Gebäudetechnik oder den Zustand irgendeiner abgehängten Decke oder, oder, oder. Ich habe heute nicht behauptet, dass die Standsicherheit des Gebäudes gefährdet sei. Ich weiß nicht, warum dieser Eindruck hier entstanden ist, aber der bauliche Zustand insgesamt kann hier nicht ernsthaft von irgendjemandem als gut bezeichnet werden. Es tut mir leid. Wir haben, wie gesagt, eine umfangreiche Fotodokumentation. Ich vertraue den Fachleuten aus der Hochbauabteilung unseres Hauses und den Ingenieuren, die die WBM beauftragt hat. Wir kommen da insgesamt zu einer anderen Einschätzung.

Es wurde auch noch die Frage gestellt, ob man hier nicht in einem öffentlich-privaten Betreiberkonzept unterwegs sein könnte, oder ob generell ein Betrieb nicht wirtschaftlich dargestellt werden kann. Ich sage mal es so: Soweit ich weiß, hat gerade 20 Jahre lang jemand versucht, ein tragfähiges und wirtschaftlich machbares Betreiberkonzept aufzustellen, und am Ende ist das anscheinend nicht gelungen. Wir würden möglicherweise die Debatte heute gar nicht führen, wenn das Bad vor zehn Jahren schon wieder in Betrieb genommen worden wäre. Ich verstehe überhaupt nicht, warum hier wieder das Land Berlin einspringen soll. Es ist mir wirklich ein großes Rätsel.

Sie hatten auch gesagt, Herr Schwarze, nicht jede Fläche in Berlin wäre für den Wohnungsbau geeignet. Ich möchte noch mal darauf hinweisen: Es handelt sich hier um einen Ort, der ausgesprochen gut verkehrlich erschlossen ist. Siedlungspolitik betreiben wir gerade vor dem Hintergrund der Frage, wie eine Fläche verkehrlich erschlossen ist. Es fahren hier mehrere Straßenbahnlinien, Busse et cetera pp. Es sind S-Bahn-Trassen in der Nähe. Aus unserer Sicht ist das eine perfekte Innenstadtlage, um hier über Wohnungsbau neuen Wohnraum zu schaffen.

Sie hatten noch gefragt, ob die Abrissvariante gegenüber dem Erhalt überhaupt abgewogen worden wäre. Sicherlich ist die im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens abgewogen worden. Es gibt überhaupt keinen Grund für uns, heute noch einmal in so einen Abwägungsprozess einzusteigen, denn die Entscheidung ist durch das Abgeordnetenhaus vor sieben Jahren getroffen worden: Auf dem Grundstück soll Wohnungsbau entstehen.

Zu guter Letzt, weil Sie noch nach den Natur- und Umweltschutzmaßnahmen gefragt hatten, was denn da für Untersuchungen geplant worden wären: Es haben selbstverständlich, wie es rechtlich geboten ist, im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Umweltverträglichkeitsprüfungen stattgefunden. Es gibt überhaupt keine rechtlichen Erfordernisse, die heute zu wiederholen. Für den Fall eines Abrisses sind selbstverständlich noch weitere Untersuchungen, insbesondere zum Artenschutz, vorzunehmen. Ich bin mir ganz sicher, dass sich die WBM als landeseigenes Wohnungsunternehmen daran halten wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Frau Lange, bitte!

Annett Lange (Bürgerinitiative „SEZ für alle“): Danke, dass ich noch mal reden darf! Ich fange mal mit dem Thema Machbarkeitsstudie an. Mir ist bekannt, dass in der Ausschreibung ausdrücklich steht, dass ein Erhalt des SEZ ausgeschlossen ist. Also ist es auf jeden Fall kein offenes Werkstattverfahren, wo man auch nur in irgendeiner Art und Weise darüber nachdenkt, ob auch nur irgendein Teil des SEZ noch erhaltenswert ist.

Des Weiteren habe ich mich auch mit dem B-Plan von 2018 beschäftigt und mich gefragt, inwieweit überhaupt der SIKo von 2016 und der Flächennutzungsplan in diesem Bebauungsplan von 2018 irgendeine Art von Berücksichtigung fand. Insbesondere war ich sehr verwundert, dass in dem B-Plan von 2018 im hinteren Bereich vorgesehen ist, eher so eine Art Stadtvillen mit Privatpark zu errichten. Aber wenn das die Qualität des Senates ist, das, was man jetzt umsetzen möchte --

Im vorderen Bereich ist es sehr laut, und deshalb ist es im unteren Bereich gar nicht möglich, Wohnungen zu errichten, sondern Gewerbegebäude von 20 000 Quadratmetern eventuell mit Sportflächen. Ich selbst habe mich dort am SEZ aufgehalten. Ich weiß, wie laut es durch diese Straßenbahn ist, die Sie gerade erwähnten, wo Sie sagen, es wäre so gut angeschlossen. Es ist eine immense Lärmbelästigung und auch Belästigung durch Feinstaub. – Das ist das eine.

Zum Schadstoffgutachten wollte ich nur noch erwähnen, dass wir als Bürgerinitiative gemeinsam mit den Zwischennutzern ein Schadstoffgutachten beauftragt haben. Das kann man auf unserer Seite einsehen. Ein Ergebnis war, dass in einem hygienisch unauffälligen Konzentrationsbereich und ohne Gefährdung für die Nutzer Schadstoffe dort zu erwarten sind.

Des Weiteren war die Frage, wie ich mir das vorstelle, wer das betreiben soll. Ich habe mich die ganze Zeit, in der ich hier sitze, gefragt, warum man überhaupt damals das erst mal den Bäder-Betrieben zum Betrieb gegeben hat. Weil es augenscheinlich nicht nur ein Bad war, war von Anfang an klar, dass die Bäder-Betriebe mit diesem multifunktionellen Haus komplett überfordert sind. Danach hat es der Privatnutzer bekommen. Gut, das war eine Entscheidung, aber nun bekommt es die WBM, wo ausdrücklich vom ersten Moment an klar war, es sollen nur Wohnungen errichtet werden. Von Anfang an war klar, es soll gar nicht auch nur ansatzweise darüber nachgedacht werden, ob es sinnvoll und wirtschaftlich wäre, das SEZ weiterhin zu nutzen.

Wir fordern als Bürgerinitiative einen Stopp, also dass es nicht abgerissen wird, weil das auch immens viel CO₂ verursacht, auch der Neubau, und dass man erst mal eine Zwischennutzung zulässt und dann darüber nachdenkt.

Ich wollte nur noch kurz darauf eingehen, warum der Keller unter Wasser steht. Es ist ganz einfach, warum das so ist. Das Regenwasser wird in den Keller geleitet, und da die Pumpen nicht mehr funktionieren, läuft dieser Keller natürlich voll. Der Nutzer des Recede Clubs hatte dort Strom, weil er sich angeschlossen hat, und somit war auch die Turnhalle noch nutzbar und man konnte dort Licht anschalten.

Ich weiß nicht, warum man wirklich nur noch darüber nachdenkt, Wohnungen zu bauen und diese gesamte Infrastruktur erst danach kommen soll, weil mir nicht klar ist, wie man das in Zukunft, in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren, lösen möchte, wenn man jetzt nur Wohnungen baut und die Infrastruktur nicht mitdenkt und nicht mitplant. – Das war es eigentlich.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Waßmuth, bitte!

Carl Waßmuth (Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.): Herr Staatssekretär Slotty! Vielen Dank, dass Sie den Bebauungsplan direkt angesprochen haben. Das ist ganz einfach. Es hat damals eine öffentliche Beteiligung gegeben. Ich habe übrigens teilgenommen, habe auch Einspruch erhoben, und es gibt eine ausführliche Erwiderung auf diese Einsprüche, und ich zitiere aus dieser Erwiderung:

„Gleichwohl besteht für das Gebäude und seine Nutzung Bestandsschutz.“

Das ist logisch, das ist bei allen Bebauungsplänen so, denn ein Bebauungsplan sieht vor, wie sich eine Stadt oder eine Gemeinde in der Zukunft entwickelt. Er sieht nicht vor, dass dort Tabula rasa entsteht, um die zukünftigen Nutzungen sofort dort zu erstellen. Erst wenn die bestehenden Nutzungen an ihr Ende kommen, kann man nur das machen, was im Bebauungsplan vorgegeben ist, und genau diesen Fall haben wir beim SEZ. Wir haben eine mögliche bestehende Nutzung. Wir haben ein Gebäude und seine Nutzung, und die genießen Bestandschutz, bis es abgerissen ist. Dann können Sie Wohnungen bauen, aber Sie müssen es nicht abreißen, und das zu behaupten, ist einfach, sage ich mal – –

Ich gehe mal zu einem anderen Punkt. Sie vertrauen den Fachleuten. Da finde ich es eigentlich – – Ich hätte als Bürger erwartet, dass Sie an der Stelle selbst Fachkenntnis hätten. Ein Staatssekretär für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen müsste diese Anforderungen des Bebauungsplans doch transparent kommunizieren.

Über eine der lautesten Kreuzungen wurde schon gesprochen.

Ich gehe jetzt mal zu der Frage der verschiedenen Nutzungen, wo strittig ist, ob sie gegeneinander ausgespielt werden oder nicht. – Herr Buchner! Ich danke Ihnen dafür, dass Sie das Europasportbad und auch andere Bäder, die in anderen Bezirken liegen, eingebracht haben! Dass wir andere Meinungen haben, wie sehr im Europasportpark der Breitensport zur Geltung kommt, sei mal dahingestellt, aber das liegt in einem anderen Bezirk. Nun ist es aber so, dass wir als „Gemeingut in BürgerInnenhand“ und auch die mit uns im selben Sinne arbeitenden Bürgerinitiativen und Bürgerinnen und Bürger immer dann auf andere Bezirke verwiesen werden, wenn es dem Sinn, in dem Fall der Senatsverwaltung, entspricht. Das war jetzt zufällig; Sie haben das nicht so vertreten. Aber wir werden darauf verwiesen: Na, das kann doch zum Beispiel der Bezirk betreiben –, aber wenn wir dann sagen: Nebenan ist doch etwas –, dann heißt es: Aber das ist doch ein anderer Bezirk. – Das Beispiel gebe ich Ihnen jetzt ganz konkret. Es ist nämlich gewissermaßen städtebaulicher Wahnsinn, der hier betrieben wird oder geplant ist. An der Landsberger Allee haben wir das multifunktionale SEZ. Das ist 44 Jahre alt, und es soll abgerissen werden mit allen Schwimmbädern, mit der Eislaufhalle und mit der intakten Tragstruktur. Das heißt, etwa 30 000 Quadratmeter ungedeckte Sportflächen sollen mit abgetragen und vielleicht auch weitestgehend versiegelt werden. Das ist noch nicht ganz klar. Die Sporthalle, die es dort gibt und die man aufschließen und nutzen könnte,

soll abgerissen werden. Der auch 44 Jahre alte Baumbestand auf dem Gelände wird sicherlich im Zuge der Baumaßnahmen weitestgehend gefällt werden. Dafür soll neben dem bisherigen Standort eine neue Schule gebaut werden, und es sollen Wohnungen gebaut werden und 20 000 Quadratmeter Gewerbegebäuden.

700 Meter auf der Werneuchener Wiese steht eine Schule. Die ist ganz neu, aber es ist festgelegt, dass sie 2035 abgerissen wird. Diese Schule hat eine Sporthalle. Diese Sporthalle wird auch 2035 abgerissen. Dort gibt es auch einen Schulbolzplatz. Der ist auch neu, und auch er soll abgetragen werden. Dafür soll dann nebenan ein neuer Bolzplatz angelegt werden, und es sollen neue Bäume gepflanzt werden, weil man gemerkt hat, dass es dort überhaupt keine Beschattung gibt. Dafür gibt es aber 4 500 Quadratmeter Straßenfläche, die voll versiegelt sind, aber nicht die Margarete-Sommer-Straße und die Virchowstraße erschließen. Das heißt, hier spielt die Bezirksgrenze eine so große Rolle, dass sich die Schulplanung nicht abstimmen und sagen kann: Wir lassen die Schule stehen. Wir lassen die Sporthalle stehen. Wir lassen den Sportplatz und gleichen die Bedarfe dafür auf dem Gelände des SEZ an. Das wäre aber aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger geboten. Das versteht kein Mensch.

Ich möchte sehr respektieren, dass ich heute hier in den Sportausschuss eingeladen wurde. Es wurde allerdings so viel über Wohnungen und über Wohnungsbau gesprochen, der dem entgegensteht, dass das zumindest in einem kurzen Absatz eingeordnet werden sollte. Deutschland hat ein Bevölkerungswachstum. Das ist allerdings nicht so wahnsinnig hoch. Seit 1990 ist die Zahl der Bevölkerung um 6,6 Prozent gewachsen. Die Zahl der Wohnungen ist im selben Zeitraum um 30 Prozent gewachsen, und die Wohnfläche ist um 47 Prozent gewachsen. Im selben Zeitraum haben wir diese extremen Mietpreissteigerungen bekommen. Wohnungsbau ist eine Möglichkeit, aber es scheint auch Schwierigkeiten zu geben. Man kann nicht immer weiter neu bauen, und gleichzeitig entsteht bezahlbarer Wohnraum automatisch. Das ist auch auf dem SEZ-Gelände ganz klar. Sie können dort nicht kostengünstig bauen. Sie können nicht unter 20 Euro pro Quadratmeter bauen. Sie werden einfach 10 Euro, 12 Euro, 14 Euro pro Quadratmeter subventionieren müssen, und das könnten Sie irgendwo in der Stadt in irgendeiner Wohnung genauso gut machen, ohne das SEZ abzureißen.

Der Denkmalschutz hat es, wie Sie sagen, 2013 umfangreich untersucht. Damals war das Gebäude allerdings wesentlich jünger. Es ist relativ ungewöhnlich, dass Gebäude, die knapp 30 Jahre alt sind, schon Denkmalschutz bekommen können. Die Einschätzung von damals, heute, 2025, und nachdem so viele Gebäude der Ostmoderne inzwischen abgerissen sind und das SEZ quasi das letzte oder eines der letzten ist – Das ist sicherlich geboten. Die Öffentlichkeit wäre sehr daran interessiert. Sie haben gesagt, das ist vom Denkmalschutz im vergangenen Jahr bestätigt worden. Wenn Sie uns bitte diese Dokumente zur Verfügung stellen würden, in denen das bestätigt wurde. Wir konnten ein Gutachten oder eine interne Untersuchung von 2022 im Landesdenkmalamt einsehen. Da wurden das FEZ, das jetzt unter Denkmalschutz gestellt wurde, und das SEZ gemeinsam betrachtet. Das ist eine Untersuchung, aus der ganz klar hervorgeht, wie sehr man doch das SEZ für denkmalwürdig hält, und im Übrigen kann man daraus auch ablesen, welche Fehler in dem 2013er-Gutachten gemacht wurden. Es kann sicherlich der Denkmalschutz dort fachlich nicht anders entscheiden, als den Denkmalschutz zu gewährleisten. Das Einzige, das passieren kann, ist, dass er das politisch nicht darf, und unglücklicherweise ist der Denkmalschutz der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unterstellt, die ja dort unbedingt Wohnungen bauen möchte.

Dann wurde gefragt, woher das Geld kommen soll und was das kostet. Sie kamen auf Kosten von 100 Millionen Euro bis 110 Millionen Euro für die Sanierung. Ich halte das für überzogen, und ich komme auch gleich dazu, warum. Das SEZ selbst als multifunktionales Gebäude mit dieser großen Kubatur ist sicherlich 200 Millionen Euro wert. Das werden Sie brauchen, um das noch mal so zu bauen. Das heißt, Sie würden stille Reserven von 90 Millionen Euro bis 100 Millionen Euro für den Sport haben, wenn Sie diese Sanierung tätigen würden. Das heißt, Sie geben nicht Geld aus, sondern Sie eröffnen Sportstätten zum halben Preis wie sonst. Wir bitten Sie darum, dass Sie das machen, und dieses Steuergeld haben wir ja schon bezahlt. Für Sport, Erholung und für soziale Infrastruktur zahlen wir unsere Steuern mit, und den Haushaltstitel dafür können Sie sicherlich finden.

Dass ich denke, es kostet nicht so viel ist, kann ich Ihnen an einem simplen Dreisatz darstellen. Die Grundsanierung des Stadtbads in Tiergarten hat 19,7 Millionen Euro gekostet bei 5 400 Quadratmetern Grundfläche. Das SEZ ist etwa dreimal so groß, hat allerdings Bereiche, die nicht so viel Sanierung benötigen. Wir hatten mehrfach schon über diese Sporthalle gesprochen. Daher würden aller Voraussicht nach 50 Millionen Euro für die Sanierung ausreichen.

Ich bin, wie gesagt, im Westen von Deutschland geboren und aufgewachsen, aber ich habe das größte Verständnis für alle Menschen, die äußern, dass hier in Ost-West-Gefälle besteht. Dem Eindruck kann ich mich nicht verwehren. Das erleben wir an den Infoständen, das erleben wir in den Zuschriften. Die Leute sind wirklich sauer. Es ist auch eine Art von Demokratiepflege, diesen extremen Unmut mal wahrzunehmen und dem Rechnung zu tragen, dass nicht allein neue Wohnungen in einem hochverdichten Bezirk eine Lösung sind, sondern dass auch die zugehörigen sozialen Infrastrukturen benötigt werden. Wenn man etwas gutes Altes hat im konservativen Sinne, das zu bewahren und zu sanieren, dann ist das doch geboten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Vielen Dank, Herr Waßmuth, für Ihre Äußerungen! Sie sind deshalb eingeladen worden, weil wir Ihre Fachkompetenz in dieser Angelegenheit hören wollen. Was allerdings nicht geht, ist, und das würde ich bei jedem Stadtrat, jedem Senator, jedem Staatssekretär, egal welcher Regierung und welcher Partei, hier auch sagen: Jegliche Fachkompetenz würde ich hier bitte nicht absprechen wollen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Carl Waßmuth (Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.): Ich entschuldige mich für den Faux-pas!

Vorsitzender Scott Körber: Alles gut! – Trotzdem hat der Staatssekretär Slotty inhaltlich noch darauf direkt zu antworten. – Bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich halte mich jetzt ganz kurz. Ich will nur kurz auf Frau Lange antworten, weil sie eben den Flächennutzungsplan erwähnt hat. Die Festsetzung des Bebauungsplans im Jahr 2018 wäre gar nicht möglich gewesen, wenn der Flächennutzungsplan nicht ebenfalls entsprechende Flächen ausgewiesen hätte. Ich möchte, dass hier nicht ein falscher Zungenschlag reinkommt.

Sie hatten dann auch gesagt, wir würden die Infrastruktur nicht mitdenken und nur nachziehen. Zumindest wenn wir hier von der Schulinfrastruktur sprechen, kann ich Ihnen sagen: Die Schule wird die erste bauliche Maßnahme sein, weil die sich auf dem hinteren Teil des Grundstücks befindet. Die ist ausfinanziert. Ich sagte es schon: Wir sind mitten im Planungsprozess.

Herr Waßmuth! Von mir aus können Sie über meine Kompetenz oder nicht Kompetenz so viel mutmaßen, wie Sie wollen. Sie sollten sich vielleicht fragen, ob man unter erwachsenen Menschen so miteinander umgeht. Der Vorsitzende hat dazu aber alles gesagt. – [Damiano Valgolio (LINKE): Er hat sich doch schon entschuldigt!] – Ich darf das vielleicht trotzdem auch noch erwähnen, weil ich für mich selbst spreche.

Ich will noch darauf hinweisen, dass ich das Wort Bestandsschutz in meinen Ausführungen überhaupt nicht in den Mund genommen habe. Ich habe es überhaupt nicht infrage gestellt, dass Bestandsschutz besteht, sondern ich habe im Übrigen aus dem § 4 Baunutzungsverordnung zitiert und vorgelesen, dass auch Anlagen für sportliche Zwecke zulässig sind, aber ich habe insbesondere aus dem Absatz 1 zitiert, dass ein allgemeines Wohngebiet vorwiegend dem Wohnnutzen dient. Das ist nichts, das ich mir ausgedacht habe, sondern das ist etwas, das der Gesetzgeber festgesetzt hat. Insofern sehe ich die Wohnungsbauziele, die hier im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan bestehen, als abgesichert.

Das Landesdenkmalamt hat möglicherweise 2022 hier noch mal neu abgewogen. Das kann sein. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob man da festgestellt hat, dass es in der Abwägung im Jahr 2013 irgendwelche Fehler gegeben haben soll. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass der Landeskonservator dem Grunde nach frei ist zu entscheiden, welches Gebäude er unter Denkmalschutz stellt. Auch wenn das eine nachgeordnete Behörde unseres Hauses ist, ist er frei darin, Gebäude denkmale in die Denkmalliste einzutragen. Insofern kann ich hier nur sagen: Ganz offenkundig ist man in der fachlichen Abwägung nicht dazu gekommen, dass hier ein Denkmalerhalt geboten ist.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Staatssekretär! – Wir sind noch nicht fertig mit diesem Tagesordnungspunkt. Ich möchte Sie darauf hinweisen: Wir haben noch sechs Wortmeldungen. Unter Berücksichtigung dessen, dass wir noch weitere Tagesordnungspunkte haben, einige hier auch noch Anschlusstermine haben und ab 14 Uhr noch der Innenausschuss tagt, möchte ich Sie bitten, jetzt bei den gesamten Wortmeldungen darauf hinzuwirken, dass hauptsächlich alles dem Sportpolitischen untergeordnet wird, denn alles andere wird noch im Stadtentwicklungsausschuss besprochen. – Recht herzlichen Dank erst mal! – Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Vielen Dank! Ich kann das nicht hundertprozentig versprechen. Es scheint auch noch ausreichend Interesse am Weiterdiskutieren zu geben. Vielleicht ist der Rest, den wir noch auf der Tagesordnung haben, vertagbar, aber ich glaube, wir sollten um 13 Uhr fertig sein. Das will ich ausdrücklich unterstützen.

Ich will noch mal sehr deutlich machen, dass ich hier nie gesagt habe, dass ich glaube, dass der Bezirk das SEZ übernehmen sollte, weil ich nicht glaube, dass das SEZ als solches erhalten werden kann. Aber ich hoffe, Herr Schwarze, wir sind uns darüber einig, dass grund-

sätzlich die Bezirke für alle Schul- und Sportstandorte in unserem Land Berlin zuständig sind, weil, um es hier noch mal für alle zu sagen, das Land Berlin nur für einige Großsportanlagen zuständig ist. In der Tat haben wir ein großes Ost-West-Gefälle, denn die sind nahezu alle im Osten. Nur der Olympiapark befindet sich im Westen. Die Zuständigkeit dieses Berliner Abgeordnetenhauses für Sportanlagen bezieht sich auf das Sportforum Hohenschönhausen, auf den Jahn-Sportpark, auf den Europasportpark mit der SSE sowie die Max-Schmeling-Halle und das Velodrom. Das sind die großen Anlagen und, wie gesagt, fünf davon im Osten.

Ich will noch mal auf Frau Lange eingehen. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber beim Thema Wohnen und Lärm, gerade weil ich die Ecke gut kenne – Alle Wohngebäude, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befinden, sind Wohnungen an der Straße. Auf der direkt gegenüberliegenden Seite in der Landsberger Allee wohnen Leute in Wohnungen, die an einer Hauptstraße, an einer Bundesstraße, an der Landsberger Allee oder an der Danziger Straße oder an der Petersburger Straße stehen. Da kann ich als Argument schlicht nicht gelten lassen, dass man an einer Straße keine Wohnung mehr bauen kann, und insoweit würde ich das zumindest einmal zurückweisen.

Dann noch mal zur Frage, warum das Ding 1996 an die Berliner Bäder-Betriebe ging: Vorher war es beim Senat. In der Tat hat der Senat einige Bäder betrieben, die Bezirke die anderen. Die wären alle zu, wenn wir nicht die Bäder-Betriebe gegründet hätten, weil sich die die öffentliche Hand diese Strukturen in der Form, wie wir es betrieben haben, nicht leisten konnte. Letztlich hat sich erwiesen, dass sich auch die Bäder-Betriebe das Bad so nicht leisten konnten, weil es nicht wirtschaftlich tragfähig ist, insbesondere nicht zu den Preisen, die man da hat.

Herr Waßmuth! Ich glaube, wir haben sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was Sportanlagen sind, gerade weil wir das Gebäude vor vier Wochen besichtigt haben. Natürlich sind da sportlich genutzte Bereiche drin, aber ich habe ganze Flügel mit Büroräumen gesehen, die im SEZ integriert sind. Ich habe Veranstaltungsflächen für Partys, für Empfänge und Ähnliches gesehen, die keine Sportnutzung sind. Über die Halle sind wir uns relativ einig, die an der Danziger Straße steht, aber, wie gesagt, die Badnutzung wird es nicht mehr geben.

Auch um das mal zu sagen: Warum baut man eigentlich Wohnungen? – Weil sich die Wohnungen, die wir über eine landeseigene Wohnungsgesellschaft finanzieren, am Ende refinanzieren. Alle öffentlichen Nutzungen, die hier in Rede stehen – viele davon machen wir aus guten Gründen, Bäder, Sportanlagen, Sportflächen oder Sporthallen –, sind Nutzungen, die wir als Land Berlin zusätzlich finanzieren müssen. Das heißt, wir reden immer, und das will ich noch mal ehrlich sagen, weil manchmal der Eindruck entsteht, man könne ja alles beschließen – Dieses Land hat einen Landeshaushalt. Da sind 37, 38 Milliarden Euro drin. Davon ist übrigens ein kleiner Teil, viel zu wenig, wie ich finde, für den Bereich Sport enthalten, und wir entscheiden hier in diesem Haus – das ist unsere Aufgabe als Haushaltsgesetzgeber – darüber, wofür wir Geld ausgeben können. Deswegen bin ich extrem pessimistisch bei dem Vorschlag, der kommt: Das Ding bauen wir einfach wieder so auf, wie es gewesen ist, und ein bisschen Eislaufen – ich kenne die Preise, Eislaufen ist das Einzige, das noch teurer ist als Schwimmen –, ein bisschen Schwimmen –, und das wird nicht funktionieren, jedenfalls nicht in der öffentlichen Hand. Es ist jetzt mehrfach angeklungen: Ich glaube auch, keiner

will, dass es ein privater Investor betreibt, weil es nicht zu Preisen funktionieren kann, wie wir sie uns wünschen würden. Daher rate ich uns dazu, weiter zu diskutieren, wie viel man möglich machen kann, auch an gesellschaftlicher Nutzung. Es gibt weitere Initiativen, die mit unterschiedlichen Spaces dort Dinge betreiben wollen. Lassen Sie uns gucken, wie wir möglichst viel Sport am Standort machen, aber lassen Sie uns bitte auch gucken, wie wir die Wohnungen realisieren.

Herr Schwarze! Ja, nicht alles ist wohnungsbaustandortgeeignet, und man könne ja mal gucken -- Ich kann aus dem Stehgref schon ein Dutzend Projekte aufzählen, wo so ein bisschen „wir gucken noch mal“ inzwischen zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre Verzögerung ergeben hat, reden wir von Wohnungen am Pankower Tor, reden wir vom Freibad Pankow, reden vom Jahn-Sportpark und ähnlichen Projekten. Es hilft nicht, bei jedem spielfertigen oder so gut wie spielfertigen Konzept noch mal zu sagen, wir gucken uns das jetzt alles noch mal an.

Zur SSE: Herr Waßmuth! Ich will es noch mal sagen, Breitensport, Leistungssport: Die SSE besteht aus zwei Hallen. Die eine leistungssportlichgewidmete Halle mit einem 50-Meter-Becken und einem Becken für Wasserspringen, und das andere ist eine öffentliche Schwimmhalle, die übrigens die höchsten Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit in Berlin hat, von morgens um 6.30 Uhr bis abends um 22 Uhr. Insoweit ist das die Halle, die für den Bereich der Daseinsvorsorge -- Ich will es noch mal sagen: Das ist das, was für uns wichtig ist. Das Land Berlin baut keine Thermen. Das Land Berlin baut noch Familienbäder wie das Spreewaldbad, aber eben auch keinen Spaßbad. Es baut nicht das, was Oranienburg gebaut hat oder was in Ludwigsfelde steht, zu Eintrittspreisen, die bei 30 Euro losgehen, sondern das Land Berlin baut Daseinsvorsorge, weil es unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass Kinder schwimmen lernen und dass sich Menschen sportlich betätigen können.

Zur Werneuchener Straße: Wir wollen jetzt nicht zu viel sagen. Dort ist eine Schuldrehscheibe eröffnet worden, die offiziell eine bestimmte Zeit hat, und danach sollen die Schulen, die dort jetzt einziehen, nacheinander saniert werden. Das ist das Schulsanierungsprogramm Berlin. Es ist richtig, dass an der Drehscheibe Sportflächen gebaut werden, auch temporär nutzbare, aber es entstehen diese Sportflächen für den Schul- und Vereinssport dann auch wieder bei der Sanierung der Schulen, die jetzt saniert werden. Insoweit ist es ein bisschen unredlich zu sagen, die an anderer Stelle bei den Originalschulen entstehenden würden nicht mehr zählen. Wir achten schon sehr genau darauf. Deswegen muss jede Sportfläche in Berlin, wo etwas gebaut wird, in diesem Ausschuss und von diesem Parlament entwidmet werden. Wir achten schon sehr genau darauf, dass keine Sportflächen in Berlin verschwinden, sondern in einer wachsenden Stadt eher zusätzliche Sportflächen entstehen, so schwierig das gerade an Standorten wie der urbanen Stadtmitte, und dazu zähle ich diesen Bereich, auch ist.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Ronneburg, bitte!

Kristian Ronneburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte kurz einen Beitrag für die Debatte leisten und auch noch mal ein bisschen nachbohren beziehungsweise auch Fragen stellen. Ich will aber am Anfang mit einem Statement anfangen, weil es mir ein inneres Bedürfnis ist und ich es wichtig finde, hier noch mal zu artikulieren, dass ich es als Doppelmoral der Koalition empfinde, wenn sie diese Wohnungsbaudiskussion aufmacht und das Thema Wohnungsbau im Grunde gerne als Totschlagargument in den Raum wirft, egal, ob wir, wie gestern im Abgeordnetenhaus über Kleingärtensicherung sprechen oder heute darüber sprechen, wie ein im Grunde intaktes Gebäude einer ursprünglichen Nutzung zum Teil wieder zugeführt werden kann, und dabei selber die Frechheit besitzt, uns gestern im Abgeordnetenhaus einen Antrag zu servieren: Ja, Wohnungsbau, bauen, bauen, bauen, aber nein, beim Zentralen Festplatz sind wir doch anderer Meinung. Da müssen die Schautellerinnen und Schauteller weiterhin einen festen Platz bekommen. Das soll vom Wohnungsbau freigehalten werden. – Also wenn wir hier diese Wohnungsbaudiskussion führen, dann bitte ehrlich machen und anfangen, immer in der Sache und am Einzelfall zu argumentieren und nicht das große Theater zu veranstalten, nach dem Motto: Da sind die Verhinderer von Wohnungsneubau, und wir sind die Einzigen, die Wohnungsneubau schaffen. – Da sind Sie selber total unehrlich in der Debatte im Abgeordnetenhaus wie in der Öffentlichkeit, geben auch noch Anträge meiner Fraktion faktenfrei wieder, lügen wie gedruckt, und insofern sollten Sie das auf jeden Fall hier weiterhin unterlassen. Es ist faktisch so. Das können Sie sich alles noch mal anhören. Insofern brauchen Sie hier solche Debatten überhaupt nicht führen, sondern sollten bitte schön bei der Wahrheit bleiben. – Das war meine Bemerkung dazu.

Ich habe Ihre voll Aufmerksamkeit. Das bringt mich jetzt noch mal zu einigen fachlich sehr wichtigen Punkten, die ich an den Senat adressieren will. Wenn Sie hier Unterlagen zitieren, beispielsweise zum Denkmalschutz, zu Schadstoffen, die Sie hier heute noch nicht mal präsentieren können, was ich interessant finde, oder auch zur Umweltverträglichkeitsprüfung, dann möchte ich jetzt hiermit die Bitte äußern beziehungsweise auch den Berichtsauftrag auslösen, dass Sie bitte dem Ausschuss hier alle Unterlagen zur Verfügung stellen zum Thema Untersuchung des Denkmalschutzes, Untersuchung der Schadstoffuntersuchung und außerdem auch zum Thema Umweltverträglichkeitsprüfung. Es wäre sehr lieb, wenn uns das mal zur Verfügung gestellt werden könnte, damit wir uns ein vollumfängliches Bild der Lage machen können.

Dann möchte ich auch noch mal zum Thema Kosten kommen. Herr Buchner hat auch immer wieder die Kostenseite erwähnt und auch das Thema: Schwimmen, Schwimmarena, Schwimmhallen können wir uns nicht leisten. Insofern möchte ich hier die Frage danach stellen, wie sich denn der Senat eigentlich auf Olympia vorbereiten will. Oder sind Sie der Meinung, dass uns das alles der Bund und das IOC schenken werden? Im Grunde ist doch die Planung, dass eine olympiataugliche Schwimmarena entstehen soll für 16 000 Besucherinnen und Besuchern. Wie möchte denn das Land Berlin das finanzieren, oder bekommen wir das geschenkt? Ist diese Debatte hier in Berlin vollkommen vom Tisch, dass wir entsprechend für neue Arenen sorgen sollen, die auch irgendwo herkommen müssen, irgendwo muss dafür Geld gefunden werden, oder ist das kein Thema?

Dann möchte ich noch mal zu dem Thema Unterversorgung kommen. Ich finde es schon ein starkes Stück, dass gerade der Sportausschuss es nicht zum Thema macht an der Stelle, dass wir hier im Osten Berlins von einer strukturellen Unterversorgung an Schwimmflächen reden müssen. Insofern finde ich es bemerkenswert, dass dieses Thema eigentlich komplett vom

Tisch gewischt wird, als ob es das nicht gäbe, als ob wir nicht nur eine Wohnungskrise hätten, sondern auch eine Gesundheitskrise, auch eine Schwimmkrise. Fragen meiner Fraktion haben das weiterhin untermauert. Gerade in Lichtenberg, wo wir als Nachbarbezirk im Grunde sehr viele und große Probleme bei der Versorgung und Schwimmunterrichtung von Schülerinnen und Schülern, von Kindern haben, die das lernen müssen. Insofern sehen wir hier eine absolute Berechtigung, diese Debatte zu führen.

Dann möchte ich noch mal zum Thema Daseinsversorge und Bäder kommen und zur Frage: Was ist denn jetzt eigentlich das Ziel dieses Senats, denn ich empfange hier unterschiedliche Signale? Wollen Sie irgendwie ein bisschen Fassade erhalten, oder wollen Sie konkret auch Nutzungen erhalten, also alte Nutzungen wieder ermöglichen? Lassen Sie mich das vielleicht auch noch mal überspitzt noch mal zitieren: Sie sagen jetzt, Sie möchten das Ensemble von außen ein Stück weit erhalten. Manchmal liest man auch Boulevardpresse, und man liest da in der BZ, dass ein Stadtentwicklungspolitiker der Koalition diese erhaltenswerten Dinge nach Marzahn-Hellersdorf bringen will, um dort das entsprechende Freibad damit auszustatten, wohlbemerkt ein Freibad, wo – und jetzt das Stichwort Daseinsversorge – die Koalition argumentiert: Nein, wir bauen dort eine Typenschwimmhalle. Wir müssen die Kosten in den Griff bekommen, und wir haben nur eine bestimmte Summe X zur Verfügung, um dieses Bad noch neben anderen Typenschwimmhallen zu errichten. – Und da wollen Sie uns jetzt erzählen, dass Sie das realisieren könnten. Was ist jetzt Stand der Dinge? Wollen Sie jetzt das SEZ irgendwo wieder neu aufbauen – da würde sich die Kostenfrage wiederum ganz anders stellen, und das muss dann hier auch transparent diskutiert werden – oder sagen Sie einfach: War Quatsch, war wieder mal eine Nebelkerze? – Es ist mir bekannt, dass das öfter mal passiert. Dann wäre ich auch dazu für ein Statement dankbar, denn dann kann man das entsprechend unter Scherze oder Nebelkerzen verbuchen, die die Koalition oder Vertreter der Koalition gerne zünden. – Danke schön!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Ronneburg! – Ich sage es noch mal: Wir möchten uns jetzt bitte auf das Sportpolitische konzentrieren, denn alles andere wird im Stadtentwicklungsausschuss noch mal durchgenommen. Natürlich hängt alles miteinander zusammen, aber so im Detail kommen wir hier nicht weiter.

Herr Ronneburg, ist, Sie können alles überspitzt, alles kritisch sagen, das ist alles in Ordnung. Gerade hier im Sportausschuss haben wir ein gutes Verhältnis miteinander, bei aller unterschiedlicher Meinung. Das Wort „lügen“ muss nicht zwingend kommen. Das ist meine Meinung. Alles andere ist in Ordnung, überspitzt. – [Kristian Ronneburg (LINKE): Ich habe mich auf das Plenum gestern bezogen!] – Das habe ich verstanden, aber das muss, finde ich, hier nicht sein. – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Vom Staatssekretär sind noch ein paar Aussagen getroffen worden, wo es wichtig ist, noch mal eine Nachfrage zu stellen beziehungsweise kurz etwas dazu sagen zu können. Zunächst, weil es von Ihnen so angebracht worden ist: Insbesondere in dem Zusammenhang zwischen einer Sportnutzung und einer Wohnnutzung, um nur mal die beiden zu nennen, haben Sie auf den § 4 der Baunutzungsverordnung und die allgemeinen Wohngebiete hier verwiesen. Der Gesetzgeber hat an der Stelle zum Glück – und das ist, glaube ich, auch Konsens – verstanden, dass eine Stadt nicht allein aus einer Nutzung bestehen kann; also wir wohnen ja nicht nur. Dementsprechend brauchen wir, und genau das ist die Logik der Baunutzungsverordnung – Deswegen kann ich Ihre Auslassung dort auch

nicht so ganz nachvollziehen. Es wird gesagt, was neben dem Wohnen in einem allgemeinen Wohngebiet – wir reden hier nicht über ein reines Wohngebiet, das haben wir in Berlin innerstädtisch sowieso quasi nicht – noch zulässig ist, und das sind dann Wohngebäude, die da genannt werden, aber – ich überspringe mal – insbesondere auch Anlagen für gesundheitliche und sportliche Zwecke, sonst hätten wir auch keine Sportplätze in der Innenstadt. Dementsprechend verstehe ich nicht, dass das das Argument sein soll, das dann dagegen spricht. Aber am Ende war es vielleicht nur eine Seitenbemerkung. Nichtsdestotrotz finde ich es aber wichtig, weil es auch für diese Sportausschuss eine Relevanz hat. Deswegen ist es vielleicht auch ganz gut, dass Sie hier sitzen, weil wir an vielen Orten dieser Stadt auch ganz neue Quartiere planen, und der Sport fällt da durchaus immer etwas hinten runter, auch in der Berechnungsgröße, das hatten wir auch schon mal, weil die Wohneinheiten meistens im Zuge der Planungen erhöht werden, der Schlüssel der Berechnung vorher aber festgelegt ist und wir meistens alleine dadurch schon eine Unterversorgung haben. Das hatten wir auch mal in einer Anhörung und wurde auch eingeräumt, ist aber noch mal eine Debatte, die wir vielleicht auch in einem anderen Rahmen zu führen haben, denn wenn wir schon planen, sollten wir auch Unterversorgungen vielleicht auch mit Mehrbedarfen ausstatten.

Zurück noch mal zum SEZ und auch den Punkten von Ihnen, die Sie angesprochen haben, was das Einhalten von Bebauungsplänen angeht. Auch da sagt der Bundesgesetzgeber ganz klar, dass ich nach sieben Jahren einer Aufstellung eines Bebauungsplanes entschädigungsfrei ändern kann. Die haben wir hier erreicht. Das ist aber „linke Tasche, rechte Tasche“, weil uns das Grundstück gehört. Aber selbst wenn es privat wäre, könnten wir den Bebauungsplan ändern, ohne eine Entschädigungspflicht auszulösen. Das sei auch noch gesagt. Das Land Berlin plant das gerade an anderer Stelle beim Molkenmarkt. Da geht es seit einer ganzen Weile nicht voran mit Wohnungsbau. Da planen Sie eine Änderung des Bebauungsplanes. Warum ist das dann beim SEZ von vornherein kategorisch mit dieser harten Positionierung ausgeschlossen? Das erschließt sich mir nicht, vor allen Dingen, weil hier nicht der Punkt ist, Wohnungsbau zu verhindern, sondern die Frage im Raum steht, einfach noch mal eine Offenheit an den Tag zu legen: Was kann auf diesem Grundstück gemacht werden unter den heutigen Voraussetzungen, dass wir keinen privaten Eigentümer haben? Zugegebenermaßen kann man sicherlich auch über die Bebauung dort, Blockrand mit Kolonaden, weil es nicht mit einem Bürgersteig ausreicht und so weiter fragen, ob das städtebaulich ideal ist. Das machen wir gerne im Stadtentwicklungsausschuss, wenn wir das denn da auf der Tagesordnung haben sollten. Das muss man hier transparenthalber auch mal sagen. Bisher gibt es da keinen Besprechungspunkt, und deswegen frage ich vorhin auch nach dem Zeitplan, denn Sie müssten uns schon mal sagen, wann Sie entscheiden, dass der Bagger kommt. Wir haben bald die Sommerpause, dann die Haushaltsberatungen. Ich weiß nicht, ob es dann schon zu spät ist. Dementsprechend noch mal danke, dass Sie heute hier sind, denn ansonsten könnten wir Debatte vielleicht erst führen, wenn die Fakten geschaffen sind.

Dann noch zwei Punkte, weil es hier auch darum ging und der Vorschlag kam, bestimmte Elemente des SEZ zu erhalten. Ist das denn überhaupt mit dem Bebauungsplan vereinbar, oder reden wir da über Abweichungen? Das sehe ich nämlich in der Kubatur, die dort eingezeichnet ist, nicht. Vielleicht könnten Sie das noch mal klarstellen. Das hatten Sie selber gerade gesagt.

Ich warte noch auf die Antwort zur Fläche B, die im Bebauungsplan nördlich steht. Da wäre es interessant zu wissen, welche Nutzung dort vorgesehen ist, denn die Bebauungen, die bisher immer genannt werden, liegen darunter, und auch das wäre Wohnungsbaupotenzial. Da würde mich interessieren: Was wird damit gemacht, denn das könnte es vereinfachen, wenn man das mitdenkt, vielleicht beim SEZ auch mal anders draufzugucken? Aber gucken Sie sich das gerne noch mal an.

Dann begrüße ich natürlich, dass Sie dem Landesdenkmalamt und Herrn Dr. Rauhut an der Stelle freigestellt haben, fachlich zu bewerten, wie mit dem SEZ umzugehen ist. Ich bin gespannt. Das ist durchaus etwas, wo Sie Recht haben, und gleichzeitig macht es mich neugierig, was das vielleicht für eine neue Debatte anstößt.

Ich wiederhole mich gerne, ich habe es, glaube ich, in den Redebeiträgen vorher auch getan, aber es ist wichtig: Es geht darum, dass wir hier die Chance nutzen, in aller Offenheit zu gucken: Was geht mit einer Machbarkeitsstudie, die es von dem Punkt heute, wo wir stehen, denken kann, und nicht von vor sieben Jahren unter völlig anderen Voraussetzungen? Wir sollten diese Ehrlichkeit haben – das meinte ich vorhin damit –, dass wir geänderte Rahmenbedingungen haben. Wenn wir dann am Ende feststellen, dass es nicht geht, dann haben wir es zumindest nicht von vornherein ausgeschlossen. Aber diese Offenheit von vornherein auszuschließen, ist ein sehr großer Fehler mit all den bereits genannten Punkten, die für das SEZ sprechen.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Valgolio, bitte!

Damiano Valgolio (LINKE): Dem schließe ich mich an. In aller Kürze: Es macht natürlich einen Riesenunterschied, ob das Grundstück oder das Gebäude in privater Hand ist oder wie jetzt in öffentlicher Hand. Das ist der Unterschied. Deswegen ist es falsch zu sagen, dass das dasselbe sei. – Das ist der eine Punkt.

Ich will kurz zusammenfassen, was wir heute schon erreicht haben, was wir herausgearbeitet haben und mich ein bisschen um Entspannung bemühen: Wir konnten zumindest erfahren, dass es keine Schadstoffbelastung gibt, die einer Nutzung entgegensteht. Wir haben etwas zu den Sanierungskosten gehört. Herr Waßmuth hat gesagt: 50 Millionen Euro –, Herr Slotty hat gesagt: 100 oder 110 Millionen Euro –, möglicherweise liegt es irgendwo dazwischen. Es ist auch schwer, so etwas zu schätzen, wenn man es sich nicht richtig anguckt. Damit kann man aber, festhalten, dass die Sanierung nicht wesentlich teurer wäre als die reinen Abrisskosten und jedenfalls deutlich billiger, als so etwas neu zu bauen. Ob man das dann in die Hand nehmen will, ist eine politische Frage, aber das sind zumindest die Zahlen und die Fakten, die wir haben.

An einer Stelle muss ich auch Dennis Buchner widersprechen. Ich glaube, dass es durchaus auch zur Daseinsvorsorge gehören kann, so ein Schwimmbad wie das SEZ und auch eine Rollschuhbahn zu betreiben. So war es jedenfalls bis 2002. Ich bin der festen Überzeugung, dass das zu einem guten Leben in Berlin gehört und dass es deswegen auch Teil der Daseinsvorsorge ist, also nicht nur reine 25- oder 50-Meter-Bahnen, sondern auch solche Einrichtungen sollten wir uns bemühen zu erhalten.

Eine dritte Sache, die wir herausgearbeitet haben, das ist auch viel wert, ist, dass der Bebauungsplan von 2018 nicht dazu zwingt, das SEZ abzureißen, sondern dass er es zulässt, das SEZ als Bestandsgebäude zu sanieren und als Schwimmbad weiterzubetreiben. Ob man das will, ob das bezahlbar ist, ist ein anderes Thema, aber wir sollten uns da nicht hinter dem Bebauungsplan verstecken, sondern möglichst versuchen, da klar zu sein. – Das ist der dritte Punkt, den wir herausgearbeitet haben, insofern war die Anhörung sehr produktiv.

Ein letzter Punkt: Da muss sich Ihnen leider auch noch mal widersprechen, Herr Slotty, beziehungsweise eine klare Kritik äußern. Sie haben gesagt, es sei nicht abgewogen worden, ob es besser sei, das SEZ zu sanieren oder abzureißen. Das habe nicht stattgefunden, und das sei auch gar nicht nötig gewesen, weil das schon 2018 stattgefunden habe, als der Bebauungsplan aufgestellt worden ist. Das ist schlicht falsch. Als der Bebauungsplan 2018 aufgestellt worden ist, wurde nicht darüber nachgedacht oder darüber diskutiert, ob man sanieren oder abreißen soll. Das hat mit dem Bebauungsplan überhaupt nichts zu tun. Der Bebauungsplan regelt nur, was gebaut werden darf, wenn neu gebaut wird. Die Frage, ob abgerissen wird, ja oder nein, war damals überhaupt kein Thema und konnte auch gar kein Thema sein, weil damals das Land Berlin noch gar nicht Eigentümer war. Das kann immer nur der Eigentümer entscheiden, was er innerhalb des Bebauungsplans erhält, neu baut oder abreißt. Deswegen war das 2018 eben nicht Thema – konnte es auch gar nicht sein –, ob abgerissen oder erhalten wird. Sie haben gesagt, dass diese Untersuchung, diese Ablehnungsentscheidung: Sanierung und Erhalt oder Abriss –, bisher vom Senat noch nicht gemacht wurde. Das ist der springende Punkt. Das ist das, was wir ganz zentral kritisieren.

Unsere Bitte ist: Öffnen Sie die Machbarkeitsstudie! Sie haben auch gesagt, dass die Machbarkeitsstudie, so wie sie jetzt ausgeschrieben ist, es noch nicht mal zulässt zu sagen: Die Sporthalle soll erhalten bleiben, oder die Rollschuhbahn soll erhalten bleiben, sondern sie geht davon aus, dass abgerissen wird. – [Dunja Wolff (SPD): Das hat er nicht gesagt!] – Das können Sie ja richtig stellen. So hatte ich es verstanden. – Deshalb noch mal unsere dringende Bitte: Öffnen Sie die Machbarkeitsstudie so, dass es zumindest möglich wird, Vorschläge zu machen, die einen Erhalt oder Teilerhalt und eine Sanierung oder Teilsanierung des SEZ mit Wohnungsbau zusammendenken! Das wäre, glaube ich, das Mindeste, wenn Sie so klar einräumen, dass diese Ablehnungsentscheidung vom Senat noch gar nicht angestellt wurde. – Danke!

Scott Körber (CDU): Danke schön! – Herr Scheermesser, bitte!

Frank Scheermesser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Hier wurde gesagt, dass diese multifunktionellen Sportflächen und Schwimmbäder und so weiter, dass die Berliner Bäder-Betriebe, dass der Senat sich diese Struktur geleistet hat, die das dann betreibt. Alleine die Berliner Bäder-Betriebe sind schon ein Kapitel für sich, und ich glaube, es wäre nicht so weit gekommen, wie wir jetzt hier dastehen, dass die Bäder vom Netz gegangen sind, wenn die Berliner Bäder-Betriebe nicht zu einem intransparenten Kostenmonstrum mutiert wären. Wenn ich sehe, was an die Berliner Bäder-Betriebe Jahr für Jahr an zusätzlichen Millionen im Haushalt ausgeschüttet werden, was dabei wirklich am Ende herauskommt, ist es grauenhaft. Vor Jahren war es so, dass 10 bis 12 Millionen Euro für die Sanierung von Bädern ausgegeben wurden, und ich hatte damals eine Anfrage gestellt, und da wurden nur 2,5 Millionen Euro für diese Sanierung verbraucht. Alles andere ist irgendwo dann in die Berliner Bäder-Betriebe, in die Struktur geflossen mit irgendwelchen Sonderfonds oder irgendwelchen ande-

ren Dingen. Das wäre schon mal eine Aufgabe, die wir hätten, diese Berliner Bäder-Betriebe mal vom Kopf auf die Füße zu stellen, und dann hätten wir wahrscheinlich weniger Diskussionen über Flächen.

Aber nun noch mal zum Thema: Herr Staatssekretär, Sie hatten gesagt, 2013 hat der Denkmalschutz den Status Denkmalschutz nicht anerkannt. Ich habe jetzt hier aus der Diskussion mitgenommen, dass 2022 es neue Erkenntnisse gibt, die schon für den Denkmalschutz sprechen. Meine Frage wäre: Wie weit wird das der Senat noch mal einbinden und berücksichtigen? Wird der Denkmalschutz da noch mal gefragt? Gibt es da noch mal eine Richtung, was in 2025 damit gemacht wird? Zum anderen hatten Sie auch gesagt, dass diese Sanierungskosten und so weiter über 100 Millionen Euro, 110 Millionen Euro – Herr Waßmuth nannte 50 Millionen Euro, er hat das auch begründet – betragen. Jetzt wäre meine Frage: Inwieweit begründen Sie denn diese Zahlen? Woher haben Sie die denn? Haben Sie da irgendetwas vorliegen, wo Sie sagen: Okay, das und das kostet das, das und das kostet das, das sind Altlasten, die kosten das? So etwas sollte man doch mal vorlegen und detaillierter nachvollziehen können, bevor man hier solche pauschalen Aussagen trifft.

Zum anderen: Dieser Eingangsbereich ist wunderschön, aber der hat weder etwas mit der Sportstruktur noch mit Wohnungsbau zu tun. Das ist einfach ein Schönreden, dass man sagt: Ihr bekommt eure Fassade, ihr bekommt euren Eingangsbereich, aber bitte, mehr Nostalgie leisten wir uns nicht. – Das ist einfach unehrlich. Sie negieren nach wie vor die modernen architektonischen Möglichkeiten in der Stadtplanung. Ich frage mich, inwieweit in der Stadtentwicklung überhaupt mal weltweit ein Auge darauf geworfen wird, wie man kostengünstig oder komplex bauen kann. Ich hatte die Beispiele schon gebracht. Es ist einfach möglich. Die Frage ist, ob es finanziell machbar ist, aber es ist möglich. Beim SEZ ist eine Plattenbaustruktur. Da stehen auch hohe Häuser, das heißt, man könnte dort ganz elegant und locker eine Sportstruktur im Erdgeschoss erhalten, die sowieso Gewerbe werden soll, und darüber könnte man dann Wohnungen bauen. Es erschließt sich mir nicht, wieso da alles weggeschoben wird mittlerweile. Da muss ich Herrn Buchner sagen, der sagt: Eis ist das teuerste. Eis und Schwimmbad noch dazu, das geht gar nicht. – Das geht schon. Wir hatten in der letzten Legislatur eine Anhörung dazu. Da ging es darum, dass diese Koppelung von Eisfläche und Schwimmbar absolut kostengünstig machbar ist, zumal es mittlerweile viel bessere moderne Technologien gibt, die viel kostengünstiger und energieeffizienter arbeiten. In Köln ist das vor Jahren schon mal gemacht worden. Da gibt es ein Beispiel. Da ist eine Eishalle kombiniert mit einer Schwimmhalle, und da haben die super Erfahrungen. Nicht nur in Köln, das gibt es auch im Schwarzwald und, und, und. Da halte ich diese Aussagen für sehr pauschaliert. Man kann schon auf die modernen Gegebenheiten, die es mittlerweile gibt, zurückgreifen, finde ich, und nicht immer nur von alten Konzepten ausgehen.

Eine weitere Frage für unsere inhaltliche Sache: Das ist doch im Bestand eine Sportfläche. Das ist doch eine sportliche Nutzung. Das SEZ ist eine sportliche Nutzung. Das ist ein Bestand, und wenn ich diese Sportfläche für Wohnungsbau nutzen will, müsste es doch eine Umwidmung geben. Wir haben jedenfalls noch nicht gehört, dass das irgendwo mal umgewidmet wird. Die Frage wäre: Was ist das für eine Bestandsfläche? Ist es eine Sportfläche, die dann umgewidmet wird, und wenn, wurde die schon umgewidmet und wann?

Das Letzte: Sie sagen, es gab eine öffentliche Beteiligung. 2018 gab es eine öffentliche Beteiligung, und es wurde dann ein Ergebnis erzielt. Jetzt würde mich mal interessieren, sowohl an die Bürgerinitiative oder auch Herrn Waßmuth als auch natürlich an den Senat, an die hier anwesenden Staatsekretäre: Was ist denn das Ergebnis dieser öffentlichen Diskussion, dieser öffentlichen Beteiligung? Wie hat man sich dann damals geeinigt? Was hat man denn damals als Ziel rausgegeben? Was ist denn damals dort vereinbart worden mit der Öffentlichkeit und dem Senat? – Danke schön!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Franco, bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, dass ich auch als Wahlkreisabgeordneter von Friedrichshain noch mal zu Wort kommen darf. Ich habe hier eine Anhörung zu den Potenzialen erwartet. – Herr Valgolio! Sie haben gesagt, es war einigermaßen produktiv. Das habe ich nicht so empfunden. Ich habe es vor allem widersprüchlich empfunden. Ich bin auch in gewisser Hinsicht enttäuscht. Ich war schon über ein paar Formulierungen hier etwas erstaunt. Herr Slotty, ein städtebaulicher Missstand des SEZ – Der einzige städtebauliche Missstand, den es dort gab, ist, dass es für 1 Euro an den Investor verscherbelt worden ist, und der hat dann das Land an der Nase herumgeführt, und dann ist da nichts passiert. Das ist der städtebauliche Missstand und nicht, dass es dort das SEZ gibt und dass wir über eine entsprechende Nutzung diskutieren. Ich habe auch keine Lust auf Ost-West-Debatten oder irgendwelche Vergleiche. Ich bin 1992 geboren, vielleicht auch ein bisschen unbefangen, aber was ich schon von vor Ort weiß, ist: Das ganze Areal hat eine Bedeutung. Das hat eine historische Bedeutung. Das hat auch eine sehr große emotionale Bedeutung für viele Menschen, die dort wohnen. Ich fände es gut, wenn wir das zumindest nicht einfach so vom Tisch wischen, gerade auch, wenn das, was die Bevölkerung bisher weiß, ist: Da soll irgendetwas hinkommen, und das ganze Ding wird aber erst mal abgerissen, und dann mal schauen, wie es weitergeht. Das stößt viele Menschen vor den Kopf, und das würde ich Ihnen von den Koalitionsfraktionen gerne auch noch mal mitgeben.

Was wir aber auch wissen, und das dürften Sie auch wissen, auch Herr Buchner, wenn Sie dort wohnen, ist, auf dem Schlachthofgelände ist vielleicht ein bisschen mehr Luft, aber insgesamt ist das eines der dichtest besiedelten Gebiete in Berlin. So wie ich diesen Ausschuss zumindest immer wieder am Rande mitverfolge, wird doch die ganze Zeit darüber gesprochen, dass wir einen massiven Bedarf an Sportflächen haben. Wir haben einen massiven Bedarf an Schwimmflächen, die in der Stadt fehlen. Heute lese ich im Checkpoint: auch das Schulschwimmen kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Ersatzschwimmhallen funktionieren auch nicht. Ich bin nicht fachlich in jedem Detail drin, aber dann irgendwie zu argumentieren, wir hätten da überhaupt keine Probleme und ein paar hundert Meter weiter gäbe es eine Schwimmhalle und das wäre jetzt alles überhaupt kein Thema, das ist zumindest aus meiner Sicht nicht die Realität, die in dieser Stadt vorherrscht.

Noch mal, auch das in Richtung der beiden Staatssekretäre: Friedrichshain ist auch von der Wohnbevölkerung her ein sehr junger Bezirk, und natürlich brauchen wir auch Wohnungen. Die brauchen wir in der ganzen Stadt. Das ist jetzt auch keine neue Erkenntnis und wird an anderer Stelle zur Genüge diskutiert. Ich würde mir aber auch von der Stadtentwicklungsverwaltung wünschen, dass man berücksichtigt, dass man nicht nur Wohnungen braucht, sondern Kinder brauchen Schulen. Das hat der Staatssekretär selber gesagt. Deshalb wird da sogar

eine gebaut. Aber Familien brauchen auch Sport- und Freizeitangebote, vielleicht auch in dicht besiedelten Gebieten. Ich würde mir wünschen, dass das in Ihrer gesamtstädtischen Be trachtung ein bisschen mehr Relevanz bekommt.

Vielleicht in Richtung von Herrn Buchner: Sie müssten das eigentlich aus dem Sportaus schuss besser wissen. Es gibt die ganzen Bedarfe, und wenn Sie sagen, dann soll das Bezirk samt Friedrichshain-Kreuzberg mal machen – – Wenn Sie da Bedarfe abfragen, auch bei Ih rem Sportstadtrat, den dürften Sie ja auch kennen, wird er Ihnen sicher einige nennen. Ich würde mir eher eine Diskussion wünschen: Was kann man denn auch vom SEZ nutzen, um das für die Vereine, für die Zivilgesellschaft, für die Sportangebote, die dort vor Ort auch be nötigt werden, nutzbar zu machen? In diesem Sinne geht es hier schon um ein sehr wertvolles Grundstück des Landes Berlin. Aber gerade weil es so wertvoll ist, sollten wir uns überlegen: Wie können wir es auch bestmöglich nutzen? Das sollte zumindest auch mit Blick auf eine Zwischennutzung viel intensiver diskutiert werden. Das ist heute hier fast untergegangen. Da habe ich eher Ausreden gehört, warum man Sachen nicht machen kann. Wenn das schon un sere Herangehensweise ist, in einer Stadt, wo wir massive Bedarfe haben, dass wir nicht mal mehr uns konstruktiv darauf konzentrieren können, wie wir zum Beispiel die Sporthalle wie der möglichst schnell ertüchtigen, damit sie für Zwischennutzungen geeignet ist, wie wir an dere Gebäudebestandteile für die Zwischennutzung ertüchtigen können – – Das wären doch die Sachen, die auch die Stadt voranbringt, die Friedrichshain gut tun würden. Dann kann ich mich nur dem Appell anschließen, weil es ein so wertvolles Grundstück ist: Lassen Sie es uns doch ergebnisoffen angehen, und dann kann man sicher auch etwas daraus machen! Nein, es geht nicht darum, dass alles so bleibt, wie es früher einmal war oder nicht war, sondern es geht um die bestmögliche Nutzung dieses Grundstücks. Da würde ich mir ein bisschen mehr Auseinandersetzung mit den Bedarfen, die es in der Stadt gibt, die es in Friedrichshain gibt, die die Friedrichshainer Wohnbevölkerung hat, wünschen, damit wir da vielleicht auch zu einem besseren Ende kommen, denn das, was der Investor kaputt macht, sollten wir als Lan despolitik nicht noch mal wiederholen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Vielen Dank! – In dieser wunderbaren Show habe ich jetzt fest ge stellt, dass offenbar mal der konkrete Vorschlag von Ihnen nicht kommt, von Ihnen auch nicht kommt, von der AfD schon gar nicht, aber da erwarte ich ihn auch nicht. Am Ende muss doch mal die Idee sein: Was wollen wir da eigentlich? – Das Einzige, was hier konkret gesagt wird, kam von Frau Lange, die sagt: Ich will eigentlich das, was vorher da drin war. – Herr Valgolio eigentlich auch: Lasst uns doch wieder ein Bad reibauen, ein Spaßbad reibauen. Lasst uns gucken, dass wir die Rollschuhbahn, die Eislaufbahn wieder bauen, also ein Sportzent rum. – Das ist doch eine Aussage, mit der man arbeiten kann. Dann ist es natürlich verlogen, 2018 als Grüne voranzutreiben, aus dem Bezirk diesen Bebauungsplan zu machen. Das waren die Grünen und die Linken, die einen Bebauungsplan betrieben haben, und wir haben ihn dann hier gemeinsam 2018 – – Oder wollen Sie bestreiten, dass wir 2018 hier gemeinsam den Bebauungsplan, der Wohnbebauung vorsieht, beschlossen haben? Das kann doch jeder nachgucken, auch von den Leuten da hinten kann jeder nachgucken. Insoweit liegt hier gar nichts von Ihnen auf dem Tisch. Wenn Sie wenigstens sagen würden, wie Herr Valgolio – – Schreiben Sie doch den Antrag, wir wollen das Ding erhalten, und dann sagen Sie, woher die

Kohle kommen und wer es betreiben soll. Ich bin gerne bereit, mich in der nächsten oder

übernächsten Sitzung hier hinzusetzen mit dem Bezirk und mit dem Bezirksstadtrat und über die Frage zu reden, wie der Bezirk da noch zu mehr bezirklichen Sportanlagen kommt. Ich sagen Ihnen aber auch ganz klar: Der Bezirksstadtrat wird sagen: Wenn ich eine Sportanlage bekommen, dann hätte ich gerne noch eine ungedeckte Sportfläche. Die fehlt nämlich in Friedrichshain-Kreuzberg. Was man übrigens wissen sollte, Herr Kollege Franco, ich weiß nicht, ob es Ihnen schon aufgefallen ist, zum Thema dichte Besiedelung und so, ist, dass sich hinter diesem Gebäude der 50 Hektar große Volkspark Friedrichshain befindet.

Herr Valgolio! Ich will Ihnen das auch nicht ersparen, weil Sie uns gerade hier noch mal gesagt haben, wie toll es wäre, wieder so ein Freizeit- und Spaßbad hinzubekommen -- Chat GPT ist da manchmal eine große Hilfe, die Position in der Berliner Linken zum Thema Bäder-Betriebe -- Da steht nämlich drin: Keine Spaßbäder, und die Linken wollen eher die für die Daseinsvorsorge vorhandenen Bäder stärken. Sie wollen nichts machen, was auf Kosten der bestehenden Bäder funktioniert. Es muss möglichst fußläufig erreichbar sein und sollte möglichst keine Spaßelemente haben. Das ist im Moment die aktuelle Position, die Die Linke dazu hat.

Dann zur AfD: Herrn Scheermesser, auch Ihnen will ich das nicht komplett ersparen. Sie haben heute einen Antrag gestellt, dass die Bäder doch bitte noch kostengünstiger und billiger werden sollen, kritisieren aber hier den Zuschuss an die Bäderbetriebe. Zur Erinnerung: Die 80 bis 100 Millionen Euro, die wir jedes Jahr in die Bäderbetriebe schieben, die schieben wir da rein, damit Kinder kostenlos schwimmen können, in den Kinderferienpass, damit Kitakinder und Schulkinder kostenlos schwimmen können und damit die Karte ab 4 Euro und nicht ab 12 Euro zu erhalten ist, weil wir die Preise subventionieren. Sich dann hier ernsthaft als Sportpolitiker hinzustellen und zu sagen: Aber das versandet und versumpft alles bei den Bäderbetrieben –, das ist schon eine Verlogenheit, die ich hier selten erlebe, aber bei rechtsextremistischen Parteien ist diese Ahnungsbefreiung, die es da gibt, wahrscheinlich auch kein größeres Wunder.

Um es vielleicht mal hier für heute auch in Richtung eines Abschlusses zu bringen: Bis jetzt habe ich nur den Eindruck, es geht wieder darum, wie an vielen anderen Projekten, wo Linke und Grüne sagen, wir prüfen alle noch mal, möglichst Wohnungsbau zu verhindern. Gerade bei den Linken, sorry, als Wahlkreisabgeordneter eines Bezirkes, der ein bisschen weiter außen liegt, in Blankenburg, erzählen Sie den Leuten: Man kann ja hier nicht die freien Flächen bebauen, bauen wir doch mehr in der Innenstadt. Und in der Innenstadt erzählen Sie den Leuten: Bauen wir doch mehr außen. Bauen wir doch bitte nicht an der Straße und Ähnliches. – Das ist doch verrückt. So funktioniert es nicht. Ich finde schon, es gehört zur Ehrlichkeit dazu, auch den Zuschagenden hier zu sagen, dass am Ende keine von diesen vier demokratischen Parteien, die hier sitzen, auf die Idee kommen wird, das SEZ in der Form zu betreiben, wie es da gewesen ist, weil es komplett unwirtschaftlich war. Im Gegenteil, wir werden wirtschaftliche Möglichkeiten nutzen müssen, um diesen Standort dort zu entwickeln, und mir ist zumindest heute keine Möglichkeit hier skizziert worden, die wirtschaftlicher ist als im Großteil des Projekts zumindest auf das Thema Wohnungsbau zu setzen, erst recht vor dem Hintergrund, dass wir Wohnungen in dieser Stadt auch weiter brauchen werden. Wenn man so viel wie möglich Sportnutzung, Freizeitnutzung, Grünfläche da auch noch hinbekommt, dann ist das etwas, was auch im Sinn der Koalition ist. Aber dieses Wünsch-dir-was-Spiel und

wenn man jetzt nicht mehr mitregiert, dann ist man plötzlich ganz anderer Auffassung als zu den Zeiten vor sieben Jahren als man noch mitregiert hat, ist einfach lächerlich. Das muss man in der Deutlichkeit auch sagen.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Buchner! – Dann würde ich die Redeliste schließen, weil Herr Slotty möchte auch bitte antworten, hat dann einen Anschlusstermin und viele andere auch. – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Zu den – ich muss es einfach mal so nennen – Nebelkerzen, die da gerade geworfen werden: Das kann so nicht stehen bleiben, vor allem auch aus den Gründen, weil es vorher schon mehrfach gesagt wurde. – Ich bin sehr froh, dass wir ein Wortprotokoll haben, es kann danach ja auch noch mal nachgelesen werden. – Es ist mitnichten so, dass wir hier keine Punkte genannt hätten, im Gegenteil, die fordern wir ja ein, die lehnen Sie aber ab. Das ist das Problem. Wir sagen ganz klar – und das haben wir auch in den Wochen, Monaten und Jahren davor gesagt –, dass mit der Übertragung des Grundstückes zurück an das Land Berlin, was wir alle begrüßen, sich die Grundvoraussetzungen für den Umgang verändert haben. Das hat verschiedene Gründe. Das sprengt jetzt wirklich den Rahmen. Dann sitzen wir noch drei Stunden, wenn wir das im Detail durchgehen. Aber das ist der Punkt, und ich habe den heute dreimal gesagt, dass wir fordern, wenn es eine Machbarkeitsstudie, ein Werkstattverfahren gibt et cetera, dass es ergebnisoffen für eine Integration des SEZ-Gebäudes und auch nutzungsoffen ist und nicht einfach einen Abrissplan. Wenn Sie das aber nicht möchten, und das haben Sie zum Ausdruck gebracht, dann haben wir das hier zur Kenntnis genommen. Wir finden es trotzdem nicht richtig. Es hat auch nichts damit zu tun, dass wir 2018 – da hat der Bezirk übrigens nichts mehr dazu getan, weil dem Bezirk das Planungsrecht 2015 entzogen worden ist –, da ist hier der Bebauungsplan durch die damalige Stadtentwicklungssenatorin erarbeitet worden, als Fraktionen zugestimmt haben. Das ist richtig, aber die Gründe dafür habe ich eben ausgeführt. Genauso gehört es dann auch zur Wahrheit dazu, dass wir sieben Jahre später uns als Parlament die rechtliche Zuständigkeit nehmen und geben können, einen Bebauungsplan anzupassen, wenn es denn gewollt ist. Der erste Schritt dafür ist aber nicht, ich schreibe mal irgendwas anderes auf, sondern zu überlegen, was geht und wie es geht. Dafür gibt es an anderen Stellen dieser Stadt und weltweit sehr geübte Verfahren, wie zum Beispiel auch entsprechende Wettbewerbe, sich das unter den neuen Voraussetzungen anzusehen. Es lässt sich vereinbaren, dieses Ausschließen, dieses Entweder-Oder, dieses Schwarz-Weiß, was Sie aufmachen, ist falsch. Es geht zusammen. Vor allem müssen wir – da komme ich wieder zu dem, was der Staatssekretär ja auch sagte – auch den gesamten Bereich und die Daseinsvorsorge im Blick zu haben. Wir brauchen auch Angebote, die wir dort herstellen können mit einer Integration des SEZ. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie dieses Ziel hier und die Offenheit, die ja andere Kollegen bei Ihnen in der Fraktion haben, nicht haben. Das finde ich sehr bedauerlich. Es hätte eine Chance sein können, sich das hier auch, dem Umgang mit dem SEZ auch dem Gebäude gerecht werdend, dem Kiez gerecht werdend, anzusehen. Das ist möglich, und wir werden uns auch weiter dafür einzusetzen. Wenn Sie jetzt sagen, dass sei irgendwie keine Aussage, dann ist das Ihre Meinung dazu. Aber das ist das, um was es hier geht, eine Offenheit zu haben für den Umgang und nicht einfach nur den Abriss als Ziel zu setzen.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Schwarze! – Nun zur Beantwortung, Herr Staatssekretär Slotty, bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt): Vielen Dank! – Ich war schon mal als Anzuhörender hier im Sportausschuss eingeladen. Da haben wir über die Dimensionierung gedeckter, ungedeckter Sportanlagen bei den neuen Stadtquartieren gesprochen. Ich muss sagen, die heutige Sitzung hatte dann doch noch mal einen besonderen Wert, und ich gehe jetzt noch mal ganz kurz auf die einzelnen Punkte ein. Ich bin mir nicht sicher, ob die eine oder andere Aussage von mir vielleicht auch absichtlich nicht richtig verstanden werden will. Ich sage noch mal: Wir sind in diesem Prozess Machbarkeitsstudie, Werkstattverfahren. Ich habe gesagt, da gibt es grundsätzliche Offenheit, aber ich kann die Ergebnisse heute hier nicht vorwegnehmen. Das steht mir nicht zu. Ich kann Ihnen ankündigen, dass die Ergebnisse dieses Werkstattverfahrens öffentlich werden, und dann können die auch wieder diskutiert werden, bei Ihnen im Ausschuss, im Stadtentwicklungsausschuss. Es steht Ihnen doch allen frei, entsprechende Besprechungspunkte anzumelden. Insofern verstehe ich das nicht ganz, was so schlimm daran ist, dass eben genau dieses Verfahren läuft.

Ich will auch noch mal betonen, ich habe die Baunutzungsverordnung vorhin zitiert, ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sportliche Zwecke ja nicht ausgeschlossen sind. Ich habe aber noch mal darauf hingewiesen, dass im Absatz 1 steht, dass vorwiegend Wohnnutzung im allgemeinen Wohngebiet vorzusehen ist.

Es ist auch richtig, ja, natürlich kann ein Bebauungsplan geändert werden. Dem widerspreche ich überhaupt nicht. Aber die Ziele, unter denen seinerzeit die Planungsziele für dieses Plangebiet hier festgelegt worden sind, die bestehen ja heute nach wie vor. Man wollte Wohnraum, und die Wohnraumerfordernisse bestehen nicht nur unverändert, sondern möglicherweise sogar noch mal in drastischerem Maße als 2018.

Herr Schwarze, Sie hatten mich mehrfach nach der Fläche B gefragt. Auch die ist als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Insofern gehe ich davon aus, dass auch eine Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis kommen könnte, dass dort entlang der Danziger Straße eben in einer Riegelform beispielsweise Wohnraum entstehen könnte. Aber wie gesagt, ich kenne den Sachstand aus dem Werkstattverfahren selber nicht und bin dort auch nicht eingebunden.

Herr Valgolio, Sie hatten vorhin noch mal gesagt, wir hätten uns das gar nicht richtig angeschaut, was das Thema Sanierungskosten betrifft. Ja, ich habe hier heute schon mehrfach betont, für uns liegt die Priorität beim Wohnungsbau. Insofern ist es gar nicht geboten, jetzt die Sportnutzung Sanierung SEZ gegen die Schaffung von Wohnraum abzuwägen. Ich habe Ihnen auch gesagt, wie ich zur Summe von bis zu 110 Millionen Euro gekommen bin. Das rekurriert auf Parlamentsunterlagen, die unserem Hause aus dem Jahr 2000 vorliegen, in denen sind die Sanierungskosten mit 90 Millionen DM angesetzt worden. Ich habe dann gesagt, wir hatten seitdem mindestens eine Verdopplung der Baukosten. Ich habe noch mal auf die Anforderung bei der Gebäudetechnik hingewiesen et cetera pp. und habe das auch hier als Schätzung dargelegt. Insofern auch von Herrn Scheermesser die Forderung, wir sollen doch mal jetzt hier konkrete Kostenberechnungen vorlegen, das geht ja gar nicht ohne eine entsprechende Entwurfsplanung für so ein SEZ aufzustellen.

Ich kann es noch mal sagen: Die Priorität hat in diesem Fall der Wohnungsbau. Insofern müssen auch heute nicht noch mal Planungsziele oder Ähnliches neu abgewogen werden. Sie haben gesagt, im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens hätte es gar keine Abwägung der Planungsziele gegeben. Das kann überhaupt nicht sein, denn es ist ganz üblich im Planungsrecht

der Stadt, dass man auch im Nachgang einen Bebauungsplan über eine konkrete Nutzung drüberlegt, um diese Nutzung dort planungsrechtlich dauerhaft abzusichern. Das ist absolut üblich, und insofern muss ja eben genau in diesem Prozess die Abwägung und Entscheidung gefallen sein: Dort soll Wohnungsbau bestehen. Der Landeskonservator, auch das hatten Sie gesagt, hat 2022 und 2024 noch mal entsprechend abgewogen und ist ganz offenkundig zu keinen neuen fachlichen Einschätzungen gekommen.

Abschließend will ich nur sagen, Sie hatten mich nämlich gefragt, ob die Sportfläche entwidmet sei. Ja, die Sportfläche ist seit 23 Jahren vom Abgeordnetenhaus als solche entwidmet worden. Also auch hier vor dem Hintergrund der Debatte, die wir heute geführt haben, ein eindeutiges Indiz dafür, dass man schon vor 23 Jahren keine dauerhafte Sportnutzung an diesem Standort vorgesehen hat. – Herzlichen Dank für die Debatte!

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Staatssekretär! – Es gab auch nur eine einzige Frage an die Anzuhörenden, und zwar von Herrn Scheermesser. Haben Sie die auf dem Schirm vielleicht? – Herr Waßmuth,!

Carl Waßmuth (Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.): Ist es unangemessen, wenn ich bitte, dass die Frage noch mal wiederholt wird?

Vorsitzender Scott Körber: Es ist nicht unangemessen. – Herr Scheermesser, könnten Sie noch mal, bitte!

Frank Scheermesser (AfD): Also es ging um 2018, um das Ergebnis dieser öffentlichen Debatte, das dann von der Bevölkerung oder vom Senat als Vorschlag oder als mögliches Ergebnis getätigt oder festgelegt wurde.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön! – Dann bitte, Herr Waßmuth!

Carl Waßmuth (Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.): Der Bebauungsplan wurde von Andreas Geisel 2014 initiiert, von Frau Lompscher dann übernommen, und bis zum 15. Dezember 2016 gab es Einspruchsmöglichkeiten, und diese Einsprüche wurde dann in den Erläuterungen, wie das üblich ist beim Bebauungsplan, detailliert fachlich erwidert und man könnte jetzt sagen entkräftet. Das Dokument hat 383 Seiten und ist öffentlich verfügbar, und ich denke, es ist auch gut, sich das anzuschauen im Sinne dessen, was Herr Schwarze gesagt hat, dass sich nämlich die Bedingungen erheblich geändert haben. Das, was dort damals die Bürgerinnen und Bürger eingereicht haben, sind unsere Anliegen von heute. Was aber die Verwaltung entgegnet hat, das sind teilweise Tatbestände, die es heute so nicht mehr gibt. Ich gebe Ihnen einfach ein Beispiel: Wir hatten die Werneuchener Wiese, die wurde damals auch schon als ein möglicher Alternativstandort eingebracht. Das wurde zurückgewiesen, quasi so ein bisschen auch über die Bezirksbande, fasse ich jetzt mal zusammen, aber Sie können das gern nachlesen. Das Überraschende ist aber jetzt, dass genau da, auf der Werneuchener Wiese jetzt die Drehscheibenschule steht, und das ist kein temporäres Bauwerk, sondern das hat Stahlbetontreppen und ist massiv in Holzbauweise, aber tatsächlich eben komplett massiv, das können Sie nicht einfach an einen Kranhaken hängen und wegtragen, sondern wenn das wegkommt, dann wird das abgerissen. Das ist ein richtiger Abriss und wie viel Sie davon wieder-

verwerten können, das ist auf alle Fälle ein krasses Downcycling dieses Standortes. Da haben Sie dann vielleicht noch 20 Prozent Kostenersparnis gegenüber einem kompletten Neubau woanders. Insofern kann ich mich da jetzt nur anschließen, dass wir diese geänderten Bedingungen auch aus der Begründung zum Bebauungsplan, der Ihnen ja so wichtig ist, rezipieren und das offen neu diskutieren.

Der Bebauungsplan, da gehe ich heute gern auch eine Wette über eine Kiste Sekt ein, wird ja von Ihnen sowieso noch geändert. Das was Sie da vorhaben, das können Sie mit dem Bebauungsplan, so wie er jetzt ist, gar nicht machen. Sie werden da in jedem Fall Änderungen vornehmen und Ihre Ziele anpassen. Das jetzt so als sakrosankt zu machen, zu sagen, wenn es um den Abriss geht, da darf dann nichts verändert werden, und wenn dann abgerissen ist, dann werden Sie diesen Bebauungsplan auf jeden Fall verändern. Denn auch für Ihre eigenen Ziele ist dieser Bebauungsplan viel zu schlecht. Der ist handwerklich wirklich nicht sehr gut. Das haben wir praktisch zugestanden. Die Intention war, dass wir eine Veränderungssperre bekommen und der Investor dort nicht irgendwelche Trailerparks, wie es genannt wurde, macht.

Aber jetzt haben wir eine viel bessere Möglichkeit mit dem Land als Eigentümer und das können Sie nutzen, der Betrieb kann dort – – Es wurde mehrfach gesagt, wir hätten keine Alternativen. Natürlich kann diese Hauptstadt etwas betreiben, ein multifunktionales Sportzentrum. Wenn sich diese Hauptstadt das nicht vorstellen kann, dann soll sie es vielleicht auf ihre Webseite schreiben und sagen: Wir trauen uns nicht, deswegen reißen wir nur ab und machen Blockrandbebauung.

Vorsitzender Scott Körber: Danke schön, Herr Waßmuth! – Der Staatssekretär Slotty, das haben Sie gesehen, musste gehen. Ich hatten mehrfach gesagt, dass Herr Slotty einen Anschlusstermin hat, und ich dachte ehrlicherweise, dass wir bis 12.00 Uhr mit diesem Tagesordnungspunkt durch wären. – Ich bedanke mich bei den beiden Anzuhörenden für Ihr Kommen und dass Sie uns zur Verfügung standen, wünsche Ihnen beiden und auch den Gästen ein schönes Wochenende. Vielen Dank, dass Sie da waren! Ich hoffe, Sie nehmen uns ab, dass wir zumindest doch sehr ernsthaft bei allen Unterschieden hier über dieses Anliegen gesprochen haben. – Ihnen allen ein schönes Wochenende! – Insofern werde ich jetzt den Tagesordnungspunkt 2 für erledigt erklären.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2422
Berliner Bäder für alle

0150
Sport
Haupt

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/2401

**Keine kalten Freibäder – Erholungswert erhalten,
Sicherheit der Badegäste gewährleisten**

(vorab überwiesen auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß
§ 32 Abs. 4 GO Abghs)

[0152](#)

Sport

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 19/2026

**Mehr Sportangebote für geflüchtete Kinder und
Jugendliche in Berlin!**

[0128](#)

Sport

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Drucksache 19/2400

**Aufgabe zweier ungedeckter Außensportanlagen
zugunsten des Neubaus einer Sporthalle und des
Umbaus sowie der Sanierung des Schadow-
Gymnasiums, Beuckestraße 25-29, 14163 Berlin
gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz**

[0151](#)

Sport

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.